

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 u, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Sonntag, den 22. Juni 1907.

14. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt“.

Setz die Arbeiterpresse!

Hinaus

mit der arbeiterfeindlichen Geschäftspreffe!

Jeder organisierte,
jeder denkende Arbeiter handle danach!

Beim bevorstehenden Quartalswechsel möge es sich jeder Freund unserer Sache, jeder Leser zur Pflicht machen, die Tagenden und Schwankenden, die den Wert der Arbeiterpresse für den Arbeiter immer noch nicht erkannt haben, zu belehren und aufzuklären.

Der Arbeiter ist sein eigener Feind, der statt des „Lübecker Volksboten“ eines jener Inzeratenblätter hält, die teils offen, teils versteckt, je nachdem das Geschäft es erfordert, die Arbeiterklasse beschimpfen, ihre politischen Rechte verkümmern, und ihre wirtschaftlichen Kämpfe als Folge des Hagens gewissenloser Führer darstellen.

Es gibt keinen Grund, der einen Arbeiter, einen Mann des Volkes entschuldigen könnte, wenn er die bürgerlichen Zeitungen in seiner Familie duldet. Von dieser täglichen Vergiftung durch jeden Klatsch, durch lügenhafte Darstellung der politischen und sozialen Vorgänge, die ferner in der Unterschlagung aller den Kapitalisten schädlichen Dinge, wie in der systematischen Verblödung der Leser besteht, muß sich der moderne Arbeiter emanzipieren.

Indem bietet ihm der „Lübecker Volksbote“ Ersatz für jedes andere Blatt. Ja, in der Berichterstattung auf sozialem Gebiete ist er allen anderen Unternehmerblättern weitaus überlegen.

Der Abonnementspreis beträgt 2 Mk. pro Quartal oder 70 Pfg. monatlich. Abonnementsbestellungen nehmen unsere Zeitungsaussträgerinnen, sowie die Expedition, Johannisstraße 46, jederzeit entgegen.

Also auf zum Abonnement des

„Lübecker Volksbote.“

Der Handel im „Zukunftsstaat“.

Der „neue Mittelstand“ wird bekanntlich von unseren Gegnern als ihre selbstverständliche Domäne betrachtet. Die letzte Reichstagswahl hat wieder gezeigt, daß als Listensführer, Wahlschlepper usw. der staatserkaltenden Parteien, neben bezahlten Kräften, fast ausschließlich Privatbeamte, Handlungsgehilfen usw. fungiert haben. Selbstverständlich ist nicht das geringste dagegen einzuwenden, daß sich jeder Mann in den Dienst derjenigen Partei stellt, der er sich selbst kraft seiner eigenen politischen Überzeugung zuzählt. Im Gegenteil, das ist Ehrenpflicht eines jeden denkenden Menschen. Aber so liegt die Sache nicht. Sondern die liberalen und konservativen Parteien halten die „nationale“ Wahlhilfe des Handlungsgehilfen für dessen selbstverständliche Pflicht, ohne an seine eigene politische Überzeugung zu appellieren. Sie geben sich gar nicht die Mühe, ihn zur Bildung einer eigenen politischen Überzeugung aufzufordern und ihm durch Darlegung ihrer politischen Grundanschauungen die dazu nötigen Materialien zu liefern, verlangen vielmehr, daß er ihnen ohne eigene Überzeugung Gefolgschaft leistet.

Drückt sich hierin eine außerordentliche Geringschätzung des Standes der Handlungsgehilfen aus, der doch sonst und mit Recht zu den gebildeten Ständen gezählt wird, so darf man freilich auch nicht vergessen, daß dies Verfahren nur eine Folge des Gesamtcharakters ist, den unser öffentliches Leben in Deutschland schon seit geraumer Zeit ganz allgemein angenommen hat. Wo werden denn heute überhaupt noch politische Grundanschauungen diskutiert? Wollen wir selbst absehen vom letzten Wahlkampf, der fast ausschließlich mit den Mitteln persönlicher Verdächtigungen geführt wurde, so ist doch schon seit einer Reihe von Jahren im politischen Kampf in Deutschland von den Grund-Anschauungen der Parteien keine Rede — wie viel deutsche Wähler mögen wohl ein konservatives oder liberales oder Zentrumsprogramm zu Gesicht bekommen haben? — Sondern so weit man sich überhaupt zu sachlichen Erörterungen herbeiläßt, drehen sie sich um die Vorteile der verschiedenen Berufsklassen. Jede Partei sucht jedem Wähler einzureden, daß sein privater Vorteil durch sie am besten gewahrt werde.

Der Vaterlandsfreund muß darin eine tiefe Enttäuschung unseres Volkes beklagen, daß man ihm im Ernste zumuten darf, seine politische Parteilichkeit lediglich nach dem Gesichtspunkt des privaten Vorteils zu bemessen, anstatt nach klarer Einsicht in die verschiedenen politischen Grund-Anschauungen der Parteien.

Das Mittel nun, womit man auf den privaten Vorteil der Handlungsgehilfen spekuliert, ist das Gerede von der Unmöglichkeit des Handels im „Zukunftsstaat“. Die Sozialdemokraten — so sagt man — wollen „den Handel abschaffen“, folglich kann es im „Zukunftsstaat“ keinen Handel und keine Kaufleute geben, folglich muß jeder Kaufmann schon zur Verteidigung der eigenen Existenz die Sozialdemokratie bekämpfen.

Diese Argumentation beweist nicht nur Unkenntnis der sozialdemokratischen Bestrebungen, sondern zeugt auch von einer schier ungläublichen Verkenntung des Handels und seiner Stellung in der kapitalistischen Gegenwart. Ist doch der Handel in der modernen Volkswirtschaft eine Funktion von ungeheurer Wichtigkeit aus, ohne die ein geordnetes Zusammenleben der Menschen gar nicht denkbar wäre.

Machen wir uns das an einem Beispiel klar. Alles, was der Kultur Mensch braucht, findet er heutzutage in irgend einem Geschäftslokal vorrätig. Aber wie ist es da hingekommen? Man braucht z. B. ein Paar baumwollene Strümpfe. Da müßte erst in Amerika ein Pflanzler mit seinen Leuten Baumwolle ziehen; Schiffer müßten die fertigen Baumwollballe nach England bringen, wo sie in die Spinnereien geliefert wurden, die Garn daraus machten; das fertige Garn wurde vielleicht nach den Wirkereien und Stickereien Sachsens transportiert; aus diesen gingen die Strümpfe hervor, die nun z. B. nach Berlin geschickt wurden und dort endlich zum Verkauf, das heißt zum Gebrauch des Publikums bereit liegen. Jeder erkennt, wie notwendig hierbei die Arbeit der Baumwollpflanzler, der Spinner, der Stricker, wie auch der Schiffer und sonstigen Transportarbeiter war. Würde auch nur ein Glied in der Kette dieser Arbeiter fehlen, so gäbe es keine baumwollene Strümpfe zu kaufen. Aber ist auch der Handel dabei notwendig oder ist er nicht vielmehr ein Parasit, der sich ganz überflüssiger Weise zwischen jene notwendigen Glieder einschleibt?

Die in Amerika produzierte Baumwolle muß nach England transportiert werden. Aber in welchen Quantitäten? Wer sorgt dafür, daß die vorhandenen Mengen Baumwolle richtig verteilt werden und je nach ihrer Qualität in die richtigen zu ihrer Verarbeitung geeigneten Fabriken gelangen? Wer sorgt dafür, daß zur rechten Zeit die nötige Anzahl Schiffe und sonstiger Transportmittel nebst den erforderlichen Arbeitern zur Verfügung stehen? Wer berechnet bei Zeiten, wie die zu Garn versponnene Baumwolle zur rechten Zeit in der richtigen Quantität und Qualität an den rechten Ort gelangt, wo sie gebraucht wird? Wer disponiert über die richtige Verteilung der fertigen Strümpfe, daß sie überall dem Publikum in den kleinen Quantitäten zur Verfügung stehen, wie es sie braucht? Eine Maschinenstickerei zum Beispiel kann nur hunderte von Duzenden herstellen, während das Publikum einzelne Paare kaufen muß. Wer also besorgt all diese notwendigen Arbeiten des Berechnens, Einteilens, Disponierens? Wer achtet zugleich, daß nicht auf der einen Stelle zu viel Arbeit unnützlich vergeudet, auf der anderen vielleicht zu wenig Arbeit angewandt wird, so daß Mangel entsteht? — Wenns der Kaufmann nicht täte, so müßte es eben ein anderer machen.

Nun mag man vielleicht meinen: die Arbeit freilich, die der Kaufmann verrichtet, ist notwendig, aber kann denn nicht der Pflanzler, der Spinner, der Stricker selbst für den Vertrieb seiner Ware sorgen, statt daß sich noch ein besonderer Kaufmann einschleibt, der dann von der gemeinsamen Arbeit der anderen mit ernährt werden muß? — Wer so spricht, kennt nicht die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsteilung. Indem diese kaufmännische Tätigkeit von einer besonderen Person ausgeübt wird, kann sie viel intensiver betrieben werden und zugleich können die Pflanzler, die Spinner, die Stricker sich ihrer eigentlichen Arbeit um so nachhaltiger widmen, so daß schließlich insgesamt mehr Produkte fertig werden, als ohne diese Arbeitsteilung möglich gewesen wäre.

Aus diesen Überlegungen ersehen wir, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handels in der Verteilung besteht. Als kluger Leiter steht er der ganzen Volkswirtschaft vor, die sich ja in Produktion wie Konsum wesentlich nach den Bestellungen und Aufträgen des Handels richtet.

Dazu kommt ein zweites. In der heutigen kapitalistischen Organisation der Gesellschaft gehört zu den wesentlichen Eigenschaften eines Kaufmanns auch, daß er durch kluges Disponieren, durch Klugheit, Anständigkeit, Geschäftlichkeit seinen eigenen Vorteil vermehren, sich selbst bereichern kann. Es besteht ein wesentlicher Unterschied

zwischen einem Kaufmann und einem Beamten. Der Beamte hat eine bestimmte, vorgezeichnete Tätigkeit und bekommt dafür ein festes Gehalt; der Kaufmann dagegen muß jeden Augenblick seine Tätigkeit den Umständen anpassen, um aus ihnen Vorteil zu ziehen, sein Einkommen zu erhöhen verstehen.

Nachdem wir so das Wesen des Kaufmanns nach beiden Richtungen festgelegt haben, dürfen wir uns wohl die Frage erlauben, ob denn in diesem Sinne des Wortes die Handlungsgehilfen von heute überhaupt Kaufleute sind. — Sie sind es nicht. Weder besteht ihre Tätigkeit im Disponieren oder Lagerverwalter oder Verkäufer, kurzum: Hilfsarbeiter des Handels — noch können sie durch ihre Tätigkeit ihr Einkommen wesentlich beeinflussen; sie bekommen festes Gehalt wie die Beamten, sie sind Beamte und unterscheiden sich von den Staatsbeamten nur dadurch, daß sie entlassen werden können und im Alter keine Pension kriegen.

Wer uns simplen Sozialdemokraten eine solche Behauptung nicht glauben will, für den haben wir einen sehr beweiskräftigen Zeugen auf Lager, nämlich keinen geringeren als den Mann, der heute in allen „staatserkaltenden“ und „patriotischen“ Kreisen als die erste Frucht aller Kaufmannschaft gepriesen wird: Dernburg Erzlehn. In der Epistel, die er neulich im „Berl. Tagebl.“ losließ, um zu rechtfertigen, warum „er“ im Kolonialdienst an leitender Stelle keine Kaufleute angestellt hat, schrieb er u. a., daß nach seiner Erfahrung „für leitende Posten der Kaufmannsstand das notwendige Material in dem erforderlichen Umfang nicht produziert“, und daß an erster Stelle nur Männer zu brauchen sind „von Initiative, Urteil und praktischem Blick“, die nicht die so oder so geartete Vorbildung, sondern nur das Leben selbst zu verleißen imstande ist. Er hätte nur gleich hinzufügen sollen: aber nicht das Leben der allermeisten Handlungsgehilfen von heute, die gleich jedem beliebigen kleinen Beamten in einen bestimmten engen Wirkungskreis gebannt sind und nur in sehr seltenen Ausnahmefällen von da heraus einen Blick in den großen Strom des Lebens tun können.

Aber die Ursachen freilich, die diesen Zustand herbeigeführt haben, ist sich Herr Dernburg durchaus nicht klar. Warum produziert der Kaufmannsstand heute nur in so spärlichem Maße die für leitende Posten erforderlichen Personen? Die Antwort kann nur lauten: weil die privatkapitalistische Entwicklung den Handel seiner eigentlichen wirtschaftlichen Bedeutung fast ganz entkleidet hat! Wie nachgerade jede andere Arbeit, dient der Handel heute nicht dem Wohle des Ganzen, sondern dem privaten Vorteil einzelner. Nicht die Ware so zu verteilen und ihre Produktion so zu regeln, wie es dem allgemeinen Bedürfnis entspricht, ist heute die Aufgabe des Handels, sondern vielmehr muß er die Arbeit so verrichten, daß möglichst viel Profit dabei herauspringt. Dadurch macht er die Handlungsgehilfen zu Werkzeugen des Privatvorteils der Handels Herren; dadurch hindert er sie, die Güter-Verteilung nach dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis kennen und übersehen zu lernen, zugleich aber hindert er sie auch, dem eigenen Vorteil nachzugehen. Das heißt, er hindert sie, wirklich Kaufleute zu werden.

Der sozialdemokratische „Zukunftsstaat“ ist ein Phantasiegebilde unserer Gegner. Wir Sozialdemokraten halten uns an die nüchternen Ergebnisse der Wissenschaft. Wir entwerfen keine Gemäde künstlicher Herrlichkeit, sondern aus den harten und rauhen Tatsachen der Gegenwart entnehmen wir, was geändert und gebessert werden muß. Aus ihnen haben wir entnommen, daß unser Ziel sein muß die Beseitigung des Profits. Das ist das einzige, was wir vom „Zukunftsstaat“ wissen können, daß es darin keinen Profit geben soll. In demselben Augenblick aber, wo das erreicht wird, ist dem Handel seine eigentliche volkswirtschaftliche Bedeutung wiedergegeben, ist die Ursache beseitigt, welche heute die Handlungsgehilfen hindert, Kaufleute zu sein. Die große und notwendige geistige Arbeit des Disponierens über Produktion und Konsum, die heute der Handel nur höchst unvollkommen leistet, die wird er dann in einem viel reicheren und fruchtbareren Maße zu leisten imstande sein. Der Handelsstand wird dann gleich jedem anderen Beruf aus Menschen bestehen, die aus dem Bewußtsein, eine für das Gesamtwohl nützliche Tätigkeit auszuüben, den Adel der Arbeit und die innere Befriedigung schöpfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Recht auf Revolution. Wir lesen in einem deutschen Blatte:

„Als notwendige Folge solcher offiziellen Vertuschungen ist nunmehr eine Bevölkerung von mehreren Millionen bis dahin ruhiger Staatsbürger in den hellen Aufruhr der Verzweiflung hineingetrieben worden, so

daß alle staatlichen Bande, sogar die der militärischen Disziplin, sich völlig gelöst haben.

Einige hundert Schurken ruinieren durch ihr betrügerisches Handwerk seit Jahren den Arbeitsertrag der Bevölkerung ganzer Provinzen. Diese Bevölkerung betreibt seit Jahren fleißig um Schutz ihres ehrlichen Gewerbes vor diesen Fälschern und Betrügern. Ansonst! Die (ein fast unvermeidlicher Zustand jener Republik!) mit den Gaunern verbündeten und verschwägerten Parlamentarier und Minister weigern jede wirksame Hilfe und suchen aufs äußerste die Dinge zu bestreiten und zu vertuschen. Ist's da ein Wunder, daß dem betrogenen Volke endlich der Geduldsstrick reißt, — daß es sich geschlossen zur Selbsthilfe erhebt?

Welches anarchische Blatt, welches Organ für Propaganda der Tat mag dergestalt das Recht auf Aufrührer verteidigen? Sind etwa die Millionen von Landarbeitern in Ostpreußen gemeint, die für einige hundert Schurken den Arbeitsertrag des Feldes, das sie bebauen, hergeben müssen? Handelt es sich um die Industriearbeiter, die, nachdem sie seit Jahren um Schutz ihres ehrlichen Gewerbes vor den Fälschern und Betrügern gebeten haben, die ihnen rauben, was sie gearbeitet haben, nunmehr sich geschlossen zur Selbsthilfe erheben haben und im hellen Aufrührer der Verzweiflung alle staatlichen Bande, sogar die der militärischen Disziplin zerbrochen haben? Wer ist es, der sich für den äußersten Terrorismus, für das Recht des Aufrührers einer unterdrückten, ausgebeuteten und betrogenen Bevölkerung erklärt?

Das blutrünstige Organ ist — die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, die diesen Artikel ohne Widerspruch mit Verhagen aus der Agrarkorrespondenz abgedruckt hat. Sie verteidigt damit den Aufrührer der französischen Winzer.

Aber das Blatt, das endlich das Recht auf Notwehr des Volkes anerkennt, vergißt zweierlei. In der demokratischen Republik haben die Mißhandlungen eine Bewegungsfreiheit, ein Recht der Demonstrationen und des Widerstandes, wie es in der deutschen Monarchie unerhört wäre. Würden sich die kleinen rheinischen Winzer erheben, weil ihnen der oßelbische Fasel, der Sunkerschmups, Konkurrenz macht, so würden unter dem Subelgeheil der „Deutschen Tagesztg.“ die Trun... auf die meuternden Bauern, auch auf Vater... schließen. Und zweitens vergißt die „Deutsche Tagesztg.“ hinzuzufügen, daß die einzige Partei, die sich der zum Aufstand getriebenen Bevölkerung annimmt, die französische Sozialdemokratie ist, die ja angeblich den Ruin der Bauern erstreben soll.

Das Bekenntnis des agrarischen Organs aber zum Aufrührer sollte man sich sorgfältig aufheben und gelegentlich daran erinnern.

Die Zentrumsprelle und die Dumaauflösung.

Nichts ist bezeichnender für die politisch-reaktionären Tendenzen des Zentrums, als die Stellungnahme der Zentrumsblätter zu dem neuesten Staatsstreik des Zaren und der ihn beherrschenden korrupten Bureaucratensclique. Vor Jahresfrist erwies der Papst Nikolaus dem Lechten einen Liebesdienst und sandte ihm als Helfer in der Not eine Anzahl Mönche. Als das Blut des russischen Volkes in Strömen floß, segnete der Statthalter Christi und Nachfolger der Apostel den verbrecherischen Würger. Die Haltung der liberalen Presse gegenüber dem Attentat auf die sozialdemokratische Dumafraktion ist durchweg schief und erbärmlich genug. Die russischen Papierchen stehen auf dem Spiel, darum bearbeitet zumal die Syndikatspresse vom Schlage der Rheinisch-Westfälischen die öffentliche Meinung im Sinne der Konterrevolution. Die Monopolisten wollen zudem für Deutschland denselben Absolutismus, in der Rußland jetzt zurückverfallen ist. Aber erbärmlicher und widerlicher als die Haltung der liberalen ist die der Zentrumsprelle. Die größeren Blätter lassen ja eine gewisse Besicht walten, denn auch für fromme Gelbbeutel ist das Einhandeln russischer Papierchen heute ein gemagtes Unterfangen. Am so lebhaftere Tiraden macht die mittlere und kleinere Provinzprelle über den russischen Staatsstreik. So heißt es in einer Anzahl dieser Mamelukenblätter: „Da haben nun auf einmal die revolutionären Umtriebe der 55 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten auch der zweiten Volkskammer ein jühes Ende bereitet. Diese 55 Abgeordneten haben nach den Angaben der russischen Regierung eine geheime Organisation gebildet zum Umsturz der Regierungsform durch das Mittel eines Volksaufstandes. Im ganzen Lande gründeten sie Geheimkomitees, sandten Agitatoren und aufreizende Schriften hinaus unter das Volk, besonders die Bauern und Arbeiter, erteilten genaue Instruktionen, traten in Verbindung mit den revolutionären Militärorganisationen usw., um durch eine Revolution das Zarentum zu stürzen und die demokratische Republik an dessen Stelle zu setzen.“ — Von dem wirklichen Sachverhalt kein Wort. Was die Bluthunde der russischen Regierungskamorra behaupten, ist für die frommen Seelen eitel Wahrheit. Daß außer den Pogromhelden, den Burschewitsch und Kraschewan, gegenwärtig in Rußland jede Partei auf eine illegale Existenz angewiesen ist, wissen die Biedermänner natürlich. Wen will es wundern, wenn die gewohnheitsmäßigen Verleumder der Sozialdemokratie wie bisher die Kommune, so auch die große russische Revolution verleumdern?

Einem zeitgemäßen Erlaß, der freilich nicht in Deutschland, sondern in Osterreich erschienen ist, teilt die „Deutsche Juristenzeitung“ mit. Es ist ein Erlaß des österreichischen Justizministers Dr. Klein vom April 1904 an die Gerichtsvorsitzenden. Der Minister macht darauf aufmerksam, daß es mit den Pflichten des Vorsitzenden als Richter und Verhandlungsleiter im Widerspruch stehe, wenn der Vorsitzende mit einer vorgesetzten Meinung in die Verhandlung eintrete und den Angeklagten bereits als überführt behandeln würde, wenn er menschliche Schwächen des Beschuldigten und Verzerrungen, die mit der Tat selbst in keinem Zusammenhang stehen, in geheimer Weise hervorkehrt, dessen Antworten mit ironischen oder mißgünstigen Bemerkungen begleitet oder gegen ihn auffahrend und rauh verfahren würde. Der Vorsitzende dürfe nicht der Versuchung unterliegen, seinen Scharfsinn, seine Gewandtheit, seinen Witz im Lichte der Öffentlichkeit glänzen zu lassen und die Sensationslust zu fördern. Den Vorsitzenden

wurde die tunlichste Schonung des Privat- und Familienlebens der Zeugen und der Angeklagten zur Pflicht gemacht. — „Es wäre pharisaisch, wollte man in Deutschland annehmen, der Erlaß sei nur in Osterreich eine Notwendigkeit,“ so meint selbst die „Rhein. Westf. Zeitung“ dazu.

Die Konzentration der Großbetriebe vollzieht sich kaum in einem Gewerbe so augenfällig als bei den deutschen Brauereien. Auch der neueste Verwaltungsbericht der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft verzeichnet einen zahlenmäßigen Rückgang der Betriebe.

Die Zahl der Brauereien im Jahre 1906 ist auf 7212 gesunken gegen 7368 im Vorjahre. Darin wird jedoch nirgends ein Zeichen für den Rückgang des Brauergewerbes überhaupt erblickt, sondern vor allem eine Folge der noch immer fortschreitenden Auffaugung der Kleinbetriebe durch die Großbrauereien, sowie der nicht seltenen Zusammenlegung der letzteren zu einem Betriebe. Weiter enthält der Bericht die interessante Erklärung, daß jetzt fast alle Brauereien dazu übergegangen sind, den Flaschenbierbetrieb selbst in die Hand zu nehmen, in der Absicht, sich den daraus resultierenden Gewinn, den sie bisher anderen Unternehmern überließen, selbst zu sichern.

Der zahlenmäßige Rückgang der Brauereien ist übrigens eine Erscheinung, die sich seit drei Jahrzehnten ohne Unterbrechung zeigt. Die Zahl der im Betriebe gewesenen Brauereien betrug 1873 13 561, 1883 10 703, 1893 8243, 1903 6404, während sich die Menge des jährlich gewonnenen Bieres in dem gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt hat. Darin spiegelt sich die Auffaugung der Kleinbetriebe wohl am besten wieder. In den meisten anderen Gewerben zeigt sich die gleiche Entwicklung, nur nicht so offenkundig und nicht so schnell. An Stelle des direkten Eingehens von Geschäften tritt ihre finanzielle Abhängigkeit vom Großbetriebe oder von Finanzmännern. Der „selbständige“ Unternehmer bleibt vielleicht formell bestehen, aber selbständig ist er nicht mehr. Er ist abhängig wie die Lohnproletarier. In dem Maße wie diese Konzentration, die direkte wie die indirekte, vor sich geht, bereitet sie der sozialistischen Gesellschaft den Weg. Denn ob eine Großbrauerei in Privateigentum sich befindet, oder ob sie einer Aktiengesellschaft, einer Genossenschaft, einer Gemeinde oder dem Staate gehört, bleibt sich für den technischen Produktionsprozeß gleich, das Bier wird eben so gut, der Unternehmer wird überflüssig. Und wenn er überflüssig ist, braucht er auch den Mehrertrag, den Profit des Unternehmens nicht mehr in seine Tasche zu stecken — dieser bleibt der Gesellschaft der Arbeitenden. So bereitet die wirtschaftliche Entwicklung die politische Umwälzung vor.

Der Abgeordnete und die Fremdenpolizei. Ein eigenartiges Stückchen hat sich jüngst in Danzig abgepielt. Auskunft darüber gibt der folgende Briefwechsel:

Berlin, 14. Juni 1907.

An den Kgl. Kriminalpolizeidirektor A. in Danzig.

Das „Westpreussische Volksblatt“ (Nr. 126 vom 5. Juni 1907) bringt die Nachricht, daß sich die dortige Polizei nach mir in der Redaktion des genannten Blattes erkundigt hat: von anderer Seite wird mir mitgeteilt, daß solche Erkundigungen auch an anderen Stellen in Danzig eingezogen worden sind, und zwar auf Ihre Veranlassung hin.

Am Ihre Neugierde zu befriedigen, teile ich Ihnen zunächst mit, daß ich in jenen Tagen als Gast der Kaiserl. Marineverwaltung in Kiel weilte, gestatte mir jedoch die Anfrage, weshalb von der dortigen Polizei diese auffallen den Schritte unternommen worden sind?

Hochachtungsvoll

Dr. Erzberger,
M. d. R.

Die hierauf erfolgte Antwort lautet:

Danzig, den 16. Juni 1907.

Herrn Dr. Erzberger, Mitglied des Reichstages.

Zum Schreiben vom 14. Juni er.: Die Fremdenpolizei ist dahin instruiert, Anzeige zu machen, wenn hervortragende Persönlichkeiten in Danzig eintreffen und hier Aufenthalt nehmen. Da durch die Zeitungen bekannt geworden war, daß Euer Hochwohlgeboren Danzig zu besuchen in Aussicht genommen hätten, so melde ich der betreffenden Beamte, über Ihre Ankunft hier selbst Anzeige erstatten zu müssen. Wenn er infolgedessen Informationen bei der Redaktion des „Westpreussischen Volksblattes“ eingeholt hat, so war das eine tadelnswerte Ungehörlichkeit, die auch entsprechend gerügt worden ist.

Hochachtungsvoll

A. Kriminalpolizeiinspektor.

Die Reichstagsabgeordneten ersuchen hieraus, daß sie zu den hervorragenden Persönlichkeiten gehören, um die sich sogar die Fremdenpolizei kümmert; bisher konnten sie unbeachtet ihre Straße ziehen, wie jeder anderer Wanderer auch.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 22. Juni.

Achtung, Holzarbeiter! Zugang nach Mölln (Rauenburg) ist fernzuhalten.

Travemünde. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Die Verwaltung und der Betrieb des zu erbauenden Stadttheaters ist Gegenstand eines Senatsantrages, der die Bürgerchaft am kommenden Montag beschließen wird. Der Senat beantragt bekanntlich, das Theater zu verpachten. Dem Senatsantrage beigegeben ist ein Bericht der Theaterbaukommission, dem wir folgendes entnehmen:

In der Kommission herrschte übereinstimmend die Ansicht darüber, daß die Übernahme in städtische Regie vom rein idealen Standpunkt als das Beste anzusehen werden müsse. Die Annahme dieser Verwaltungsform würde für den Staat, nachdem er die Schulen und so manche andere, dem allgemeinen Besten dienende Anstalten, die früher den Privaten überlassen waren, in seine Fürsorge übernommen hat, nur ein Fortschreiten auf schon betretenem Wege bedeuten. Sie würde die beste Sicherheit dafür geben, daß das Theater seiner kulturellen Bestimmung, eine Pflegestätte echter Kunst und damit ein hervorragendes Erziehungs- und Bildungsmittel für jung und alt und für alle Klassen der Bevölkerung zu sein, entgegengeführt würde, während ein Pächter, der vor allem darauf sehen muß, das Unter-

nehmen finanziell gedeihlich zu gestalten, leicht Gefahr läuft, einer niedrigen Geschmacksrichtung Zugeständnisse zu machen und die hohen Ziele des Theaters aus den Augen zu verlieren. Es steht hiermit im Zusammenhang, daß die städtische Regie auch dem Interesse der an der Bühne wirkenden Künstler und des übrigen an ihr beschäftigten Personals mehr entgegen würde, als die Verpachtung. Wo die Stadt selbst den Betrieb in die Hand nimmt, da findet das Personal die unbedingte Sicherheit für erworbene pekuniäre Ansprüche und eine stärkere Gewähr für die Verwirklichung der mit der Zeit bei vielen sich einstellenden Hoffnungen auf dauernde Anstellung, da werden auch die Darsteller mehr, als dies einem Theaterpächter gegenüber möglich ist, darauf rechnen können, daß ihre künstlerische Verwendung nicht mit ihrer Vorbildung und ihrer speziellen Anlage und Begabung in Widerspruch tritt. Trotzdem hat die Theaterbaukommission in ihrer Mehrheit beschlossen, nicht den städtischen Regiebetrieb, sondern die Verpachtung des Theaters vorzuschlagen. Für die Entschließung der Mehrheit sind in erster Linie Erwägungen finanzieller Natur maßgebend gewesen. Obwohl die von Freunden des Regierungsbetriebes hier wie an anderen Orten oft betonte Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß dem Staat aus dem Theaterunternehmen Überschüsse erwachsen, die der Staatskasse zu erhalten ein nahe liegender Wunsch ist, so kann doch die Kommission sichere Grundgründe dafür, daß sich diese dauernd und überwiegend einstellen werden, in den hiesigen Verhältnissen nicht finden. Unserer Stadt fehlt namentlich im Winter ein starker Fremdenverkehr. Das Theater wird daher im wesentlichen auf den Besuch der einheimischen Bevölkerung angewiesen bleiben, und wenn auch das neue Haus selbst seine den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden technischen Einrichtungen und der Umstand, daß das Publikum sich mehrere Jahre hindurch mit einem Provisorium hat begnügen müssen, anfänglich einen starken Anreiz zu regem Theaterbesuch ausüben werden, so muß doch auch mit dem Zurückgehen solcher besonderem Anlaß entsprechenden Stuttwelle gerechnet werden. Es kommt hinzu, daß ein Theater in städtischer Regie auf die Dauer stets erheblich teurer arbeiten wird, als ein verpachtetes, da in betreff der aufzuführenden Stücke, ihrer Inszenierung und Besetzung, in betreff der Höhe der zu zahlenden Wagen- und Vergütungen und der Herabsetzung der Platzpreise, sei es durchweg oder für einzelne Vorstellungen, Ansprüche an das Theater herantreten werden, die an einen Theaterpächter nicht gestellt werden. Zudem würde der Staat bei eigener Regieübernahme auch das Risiko zu tragen haben, wie es aus dem Erlischen privater Konkurrenzunternehmen erwachsen kann. Für ein solches würde, zumal schon mehrere geeignete Theateräle vorhanden sind, der Boden hier umso mehr geebnet werden, je mehr die Leitung des in städtischer Regie stehenden Theaters der Pflege einer allzu einseitigen Kunststrichtung sich hingeben würde. Neben die finanziellen Erwägungen treten Gründe anderer Art, die für die Verpachtung des Theaters sprechen. Die Ausübung der städtischen Regie ließe sich nur in der Weise denken, daß für ihre Handhabung eine besondere Kommission eingesetzt würde, der ein zu bezeichnender und im Theaterwesen nach jeder Richtung erfahrener künstlerischer Leiter beizugeordnet wäre. Es mag dahin gestellt bleiben, ob es stets leicht sein würde, unter den Bürgern der Stadt die für die Bildung einer solchen Kommission erforderliche Anzahl von Persönlichkeiten zu finden, die mit so viel Liebe und Verständnis für die Sache ausgerüstet wären, daß sie auch die Last der Verantwortung auf ihre Schultern zu nehmen bereit wären, sowie ob zwischen den Mitgliedern der Kommission und dem künstlerischen Leiter bei oft vielleicht widerstrebender künstlerischer Auffassung stets das zum Gelingen des Theaters nötige gute Einvernehmen herrschen würde. Jedenfalls würde diesem Apparat eine gewisse Schwerehaftigkeit anhaften. Ein Pächter wird, wenn man ihn auch einer Aufsichtsbehörde unterstellt und in gewissem Umfange von ihr abhängig macht, immerhin leichter arbeiten. Von ihm, der an dem pekuniären Ergebnis des Unternehmens stärker beteiligt ist, als ein Intendant oder künstlerischer Leiter, wird zudem ein stärkeres Eingehen seiner ganzen Persönlichkeit für die gedächliche Entwicklung des Betriebes zu erwarten sein. Aus diesen Gründen haben sich auch die Verwaltungen der übrigen deutschen Städte, die eigene Theater besitzen, fast ausnahmslos für eine Verpachtung entschieden. Hier seien nur genannt: Leipzig, Breslau, Köln, Nürnberg, Düsseldorf, Magdeburg, Chemnitz, Stettin, Bremen, Essen, Halle, Kiel, Rostock. In mehreren von ihnen ist die Frage, ob zur städtischen Regie überzugehen sei, erst vor kurzem aufs neue eingehend geprüft. Überall jedoch ist man dazu gelangt, der Verpachtung den Vorzug zu geben. Die Gründe sind dahin zusammenzufassen, daß die Einführung des städtischen Betriebes die künstlerische Hebung des Theaters nicht unbedingt verbürge, die finanzielle Mehrbelastung aber mit Sicherheit zu erwarten sei. In städtischer Regie stehen nur die Theater in Straßburg i. Elsaß, Freiburg i. Br. und Mannheim. Die anerkanntermaßen größeren Kosten des eigenen Betriebes werden dort hingenommen, weil ihre Aufwendung aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint. Für Lübeck ist jedoch kein Anlaß gegeben, diesen Städten zu folgen, weil jene besonderen Umstände hier nicht vorliegen und die sich aus dem Regiebetrieb ergebenden höheren Ausgaben die nach Größe und Bedeutung unserer Stadt verständiger Weise zu stellenden Anforderungen bedeutend übersteigen würden. Für die Verpachtung, wie die Theaterbaukommission sie für hier empfiehlt, würde allerdings eine Reihe besonderer Bedingungen ins Auge zu fassen sein. Es müssen namentlich Bürgschaften dafür geschaffen werden, daß das Theatergebäude und der Fundus, wegen dessen Beschaffung sich die Kommission spätere Vorschläge vorbehält, ordnungsgemäß beaufichtigt und unterhalten werden, auch muß den Behörden ein gewisser Einfluß auf die Betriebsführung sowohl in künstlerischer wie in finanzieller Beziehung und eine genaue Übersicht über die gesamten Betriebsverhältnisse gesichert werden. Es wird zu erwägen sein, ob nicht in gewissem Umfange eine Gewinnbeteiligung der Stadt vorzuziehen ist. Die Möglichkeit der Übernahme des Theaters in eigene Regie wird auf alle Fälle offen zu halten sein. Als Vorbild würde im wesentlichen ein Vertrag dienen können, wie ihn die Stadt Kiel im vorigen Jahr mit der Direktion des dort neu erbauten Theaters abgeschlossen hat. Die Grundzüge dieses Theaterbetriebsvertrages sind folgende: Theater, Inventar und Fundus, desgleichen die Garderobenablagen werden den Theaterdirektoren — in Kiel sind es deren zwei — zum Zweck des Theaterbetriebes überlassen. Dagegen hat sich die Stadt die Büffets, gewisse Logen, Plätze und Diensträume zu eigener Verfügung vorbehalten. Das Theater soll den Zwecken der höheren Kunststrichtung dienen und die in den Repertoiren der anerkannt hoch stehenden Bühnen Deutschlands enthaltenen Opern, Operetten, Trauer-, Schau-, Luft- und Singspiele bringen. Gediegene Neuheiten sind tunlichst bald nach ihrem Erscheinen aufzuführen. Die Unterhaltung des Gebäudes einschließlich des festen Bestells, der Wasser-, Gas- und elektrischen Leitungen ist Pflicht der Stadt. Der von der Stadt gelieferte Fundus wird alljährlich von der Stadt bis zur Aufwendung eines Höchstbetrages ergänzt. Die von den Direktoren angeschafften Ergänzungen, zu denen sie im übrigen selbst verpflichtet sind, kann die Stadt binnen drei Monaten nach dem Schluß der Spielzeit gegen Erstattung der Hälfte des

Im Räumungs-Ausverkauf

Einzelpaare und kleinere Sortimente Schuhwaren

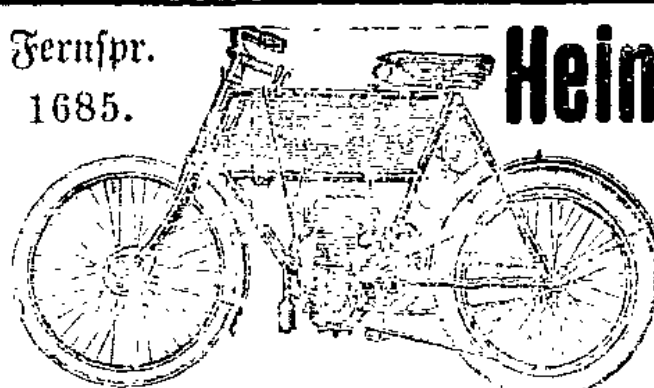
zu gewaltig herabgesetzten Preisen teils für die Hälfte.

Herren-Stiefel Boxcalf- u. Rindh.-Schnür- u. Schnallenst. Wert 9.75 Mk. jetzt 7⁶⁰ Mk.	Herren-Stiefel Chevreaux-Schnürstiefel Wert 9.50 Mk. jetzt 4⁷⁵ Mk.	Herren-Stiefel Rindbox-Schnür- u. Zugstiefel Wert 9.00 Mk. jetzt 6⁹⁰ Mk.
Damen-Stiefel Roßleder-Schnür- u. Knopf-Stiefel Wert 5.75 Mk. jetzt 4⁴⁰ Mk.	Damen-Stiefel Rindbox-Schnürstiefel Wert 7.75 Mk. jetzt 5⁶⁰ Mk.	Damen-Stiefel braun Ziegenleder-Schnürstiefel Wert 8.75 Mk. jetzt 5⁹⁰ Mk.
Damen-Stiefel Boxcalf-Knopf-Stiefel Goodyear-Welt Wert 15.00 Mk. jetzt 7⁵⁰ Mk.	Damen-Stiefel braun Chevreaux-Schnürstiefel Wert 10.50 Mk. jetzt 8⁸⁰ Mk.	Damen-Stiefel Boxcalf-Schnürstiefel Goodyear-Welt Wert 15.00 Mk. jetzt 9⁸⁰ Mk.
Kinder-Stiefel Rossleder genagelt Größe 25-26 Wert 3.30 Mk. jetzt 2⁷⁵ Mk. Größe 31-35 Wert 4.70 jetzt 3⁹⁰ Mk. Größe 27-30 Wert 4.00 jetzt 3⁴⁰ Mk.	Kinder-Stiefel Rindbox u. Chevreaux imit. Größe 25-26 Wert 4.00 Mk. jetzt 2⁹⁰ Mk. Größe 31-35 Wert 5.60 jetzt 3⁹⁰ Mk. Größe 27-30 Wert 5.00 jetzt 3⁴⁰ Mk.	Kinder-Stiefel braun Ziegenleder Größe 25-26 Wert 4.75 jetzt 3⁹⁵ Mk. Größe 31-35 Wert 6.50 jetzt 5²⁰ Mk. Größe 27-30 Wert 5.50 jetzt 4⁴⁰ Mk.
Damen-Plüschpantoffel mit Linoleumsohle jetzt 58 Pfg.	Roßlederne Spangenschuhe Wert 4.25 Mk. jetzt 2⁹⁵ Mk.	Herren-Schnürschuhe Roßleder, genagelt Wert 6.50 Mk. jetzt 4⁹⁰ Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Bezugsquelle nur guter Sorten **Matjes-Sommerfang** und **Flohheringe**, von H. Ruchowid bester Qualität, feinste delikate **Matjes- u. Sommerfangheringe**, H. Simberz n. Kirchsaff. Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter **Bunge'scher Methode** hergestellten **Essigs** und **Essigsprits**, von **Wein**, **Simbeer**, **Stragond**, **Gewürz**, und **Konfektierung**-**Sonja-Essen** anerkannt vorz. (Einmach-Essen)
K. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl
Generalvertrieb des beliebten **Veilchen-Feinpulvers** Marke „Kaminleger“, welches in jedem Paket ein Geschenk im Werte von 5 bis 75 Pfg. enthält und in den meisten Geschäften erhältlich ist.
H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Essigfabrik gegr. 1825
Rüchergasse 61. Fernsprecher 217

Fernspr.
1685.



Heinr. Körner, Gr. Burastr. 15

empfiehlt
Brennabor-Fahrräder, **Witt-Fahrräder**,
Lubeca-Fahrräder von 80 Mk. an.
Sämtl. Zubehörtelle zu billigsten Preisen.
Alle Reparaturen schnell, sauber, preiswert.



St. Lorenz

erstes und ältestes
Motor- u. Fahrradhaus

Nur noch kurze Zeit dauert mein
Riesen-Ausverkauf

wegen Neubau des Geschäftshauses, daher verkümmern Sie nicht, mein großes Lager in **Fahrrädern** und **Ersatzteilen** zu besetzen. Da können Sie sich von den billigen Preisen und guter Qualität überzeugen. — Sie erhalten bis zu **20 Prozent Rabatt**.

H. Benthien

Fahrenburger Allee 53.
Während des Neubaus: schrägüber.

Klein-Mühlen bei Schwartau.
Arbeiter- Häuser nach Zeichnung sowie **Barplätze**.
Gesunde Lage. — 10 Minuten v. d. **Chauffee**.
Bill. u. ger. **Ving. d. Heinr. Soroe**, Schwartau

Grosser Räumungs-Ausverkauf.

Die Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt.

Ein Posten Herren-Jacketanzüge

früher	13-17	17-22	22-29	29-34	32-42	Mk.
jetzt	8 ⁰⁰	14 ⁰⁰	19 ⁰⁰	22 ⁰⁰	25 ⁰⁰	Mk. etc.

Ein Posten Jünglings-Anzüge

früher	7-9	11-14	15-19	19-26	27-35	Mk.
jetzt	4 ⁵⁰	8 ⁰⁰	11 ⁰⁰	15 ⁰⁰	20 ⁰⁰	Mk. etc.

Ein Posten Herren-Sommer-Paletots

früher	12-17	15-21	20-27	26-32	33-45	Mk.
jetzt	9 ⁰⁰	11 ⁵⁰	15 ⁰⁰	19 ⁰⁰	26 ⁰⁰	Mk. etc.

Ein Posten Knaben-Anzüge

früher	3-5	5-8	7-10	10-15	14-18	Mk.
jetzt	2 ⁰⁰	3 ⁵⁰	5 ⁰⁰	7 ⁰⁰	9 ⁰⁰	Mk. etc.

Ein Posten Herren-Buckskin-Hosen

früher	3.00	3.50	4.50	5.50	5.75	Mk. etc.
jetzt	2 ⁰⁰	2 ⁵⁰	3 ²⁰	3 ⁷⁵	4 ⁰⁰	Mk. etc.

Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstrasse 17.

Größtes und vornehmstes Spezialhaus am Platze für Herren- und Knaben-Garderoben.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitagcs findet der dies-jährige in Essen a. d. Ruhr statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 15. September,
abends 7 Uhr,

nach Essen in das Lokal des Herrn Maas, Rütten-scheid-Essen, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:
Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr:
Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 16. September, und die
folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
 - a) Allgemeines.
Berichterstatter: F. Ebert.
 - b) Kasse und Presse.
Berichterstatter: A. Gerisch.
 - c) Parteischule und Bildungsausschuß.
Berichterstatter: H. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: A. Raben.
3. Parlamentarischer Bericht.
Berichterstatter: A. Südekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongress.
Berichterstatter: P. Singer.
5. Mairfeier.
Berichterstatter: R. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.
Berichterstatter: A. Bebel.
7. Die Alkoholfrage.
Berichterstatter: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 19. August im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugefandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Wilhelm Dikamp, Essen a. d. Ruhr,
Kirchstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau: **W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69** zu beziehen, der Versand erfolgt vom 19. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Der Bürgerkrieg in Südfrankreich.

Die blutigen Straßenkämpfe in Narbonne und Perpignan sind viel ernster gewesen, als es zuerst den Anschein hatte. Es sind zahlreiche Opfer zu beklagen; durch die Truppenzusammenziehungen fühlt sich die Bevölkerung schwer gereizt, und die von der Ostgrenze nach dem Gebiet der Wingerbewegung entsandten Truppen haben mit einem fürchterlichen Erfolge von ihren Waffen Gebrauch gemacht. Die Pariser Zeitungen veröffentlichen ausführliche Meldungen über die Kundgebungen im Süden. Dem „Figaro“ zufolge hätte es Mittwoch in Narbonne drei Tote und 18 Verwundete gegeben. Die Erregung der Bevölkerung sei aufs höchste gestiegen, kein Hotelbesitzer wolle Offiziere bei sich aufnehmen; der Oberst des 139. Regiments hätte infolge der Ereignisse seinen Abschied eingereicht. Man erwartet aus Anlaß der Beerdigung der gefallenen Opfer neue Unruhen. Dem „Petit Journal“ wird aus Montpellier gemeldet, daß die Unruhen sehr heftig gewesen seien; im Laufe der Attacken seien auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und viele verwundet worden; ungefähr 30 Verhaftungen seien vorgenommen worden. „Gaulois“ verzeichnet unter allem Vorbehalt das Gerücht, Kultusminister Briaud sollte die Absicht haben, wegen der Vorgänge im Süden zu demissionieren.

Wie der Telegraph aus Perpignan meldet, bedrängten Donnerstag im Laufe des Abends die Manifestanten den leitenden Polizeikommissar dergestalt, daß er in das Grandhotel flüchten mußte, dessen Fenster und elektrische Lampen darauf zertrümmert wurden. Die Menge griff später den Polizeiposten in der Präfektur an, warf Steine nach den Scheiben und riß in den Straßen das Pflaster auf. Um 10 Uhr wurden die Tore der Präfektur eingeschlagen und in dem Verschlag, wo sich die Wagen befinden, Feuer angelegt. Die Manifestanten drangen in die Zimmer des Präfekten, nahmen seinen Degen an sich und warfen das ganze Mobiliar ins Feuer. Der Präfekt verließ mit seiner Familie die Präfektur, die Feuerwehrlente wurden gezwungen, sich zurückzuziehen. Um 10¹/₂ Uhr stand die Präfektur in Flammen. Eine Abteilung Gendarmen drängte darauf die Manifestanten zurück, deren Zahl inzwischen abgenommen hatte. Ein später eingelaufenes Telegramm meldet: Nachdem fast alle Fenster eingeworfen worden, drang eine Anzahl Leute ohne Hindernis in den ersten Stock vor, zerstörte die Möbel und stürzte sie auf die Straße. Die Trümmer dienten dazu, das an einem der Tore angelegte Petroleumfeuer zu unterhalten. Von vier Seiten schlugen die Flammen empor. Die Menge verlegte den Feuerwehrlenten den Weg. Erst nach einer Stunde konnte den Spritzenwagen eine Zufahrt geschaffen werden. Der Hauptschaden im Präfekturgebäude ist die völlige Einäschierung der Archive. Man sagt, daß die Brandstifter nicht Leute aus Perpignan, sondern aus der Umgegend seien.

Eine überraschende Meldung bringt der „Matin“; das Blatt erfährt aus Montpellier, Marcellin Albert befindet sich auf dem Wege nach Paris, um sich im Sitzungssaal der Kammer während der Sitzung als Gesangener zu stellen. — Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so wird die heutige Kammer Sitzung noch dramatischer verlaufen, als ohnehin erwartet werden mußte, und die Regierung wird einen schweren Stand haben trotz des Erfolges, von dem die Rede Clemenceaus begleitet war.

300 Soldaten verließen meuternd Donnerstagabend mit Waffen und Patronen ihre Kasernen in Agde und marschierten auf Beziers, wo sie um 6.30 gestern früh eintrafen und wo sie auf Aufforderung der Menge, die in die Kasernen eingedrungen war, auf dem Ostplatz kampieren.

Aus Beziers wird gemeldet, der General habe das 81. Regiment ausgesandt, um die von Agde kommenden Meuterer des 17. Regiments festzunehmen. Drei Kilometer von Beziers sei es zu einem Zusammenstoß gekommen. Das 81. Regiment habe das Bajonett aufgespiant. Die vom 17. Regiment hätten die Salve in die Luft abgegeben, bei der niemand verletzt wurde. Darauf habe sich das 81. Regiment zurückgezogen.

In der Deputiertenkammer fragten gestern Benoist und Lafferre an wegen der Vorgänge in Narbonne. Ministerpräsident Clemenceau erklärte, die Kurrassiere, die bei der Verhaftung Ferrouls die Ordnung sicherten, hätten Mäßigung bewiesen. Die Volksmenge dagegen, die mit Steinen warf, habe sich brutal gezeigt. Etwa 100 Soldaten seien verwundet worden. Die Bewohner Narbornes seien in ihre Behausungen zurückgekehrt. Die Auführer seien verschwunden. Er billige das Verhalten des die Truppen befehlighenden Generals, der sich nicht in eine Schlacht mit Auführern und Brandstiftern einlassen wollte. (Anhaltender Beifall.) Die Meuterer seien aufgefordert worden, sich wieder mit ihrem Korps zu vereinigen, und die Behörde rechne darauf, daß sie sich unterwerfen würden. Die Meuterer seien keine Deserteure. (Unruhe im Zentrum.) Keine Zugeständnisse seien ihnen gemacht worden. Der Ministerpräsident schloß: Um die Unterdrückung der Unruhen fortzuführen, brauchen wir das Vertrauen. (Lang andauernde Bewegung, Beifall auf einigen Bänken). — Darauf begründet Aldy (Soz.-Rad.) seine Interpellation. Aldy tabelte die Regierung, weil sie Repressivmaßregeln gegen eine friedliche Bevölkerung ergreifen habe, die die Grenzen der Gehorsamkeit nicht überschritten habe. Der Redner sagte, die Kurrassiere hätten gegen eine Schenke, in denen man ihnen Getränke verweigerte, geschossen. Die Soldaten hätten zu ihrem Vergnügen Revolvergeschüsse abgegeben. Die äußerste Linke brach dann in Schmähsprüche gegen Clemenceau aus. Dieser wie Minister Picquart wiesen die von Aldy gegen die Truppen vorgebrachten Unterstellungen mit Entrüstung zurück. Aldy fuhr fort, er spreche den meuternden Soldaten seine Billigung aus, daß sie sich weigerten, Polizeiwerkzeuge zu sein, und verlangte die Freilassung Ferrouls und der übrigen Verhafteten, damit die Ruhe wieder hergestellt werde. Er fragte, ob die Regierung, die fünf Armeekorps nach dem Süden schickte, berechtigt sei, mit den Repressivmaßregeln fortzufahren. Schließlich forderte Aldy den Ministerpräsidenten auf, mit der Repression aufzuhören, die zu Aufruhr und Revolution führen müsse. (Beif. a. d. äußersten Linken.) Broussé (Republ.) forderte die Unterdrückung der Weinfälscherei. Leroy-Beaulieu (lib. Rep.) versuchte zu sprechen, wurde jedoch daran durch lärmende Unterbrechungen gehindert. Benoist sagte, die Regierung und das Parlament seien verantwortlich für die Anarchie, die jetzt herrsche. Lafferre (Soz.-Rad.) erklärte, er werde nach Beziers gehen und sich bei den Soldaten, General Bailloud und der Bevölkerung ins Mittel legen. (Beifall links.) Deraynel griff die Regierung wegen der Verhaftung des zurückgetretenen Maires Ferroul und anderer Mitglieder der Komitees von Argeliers an, die friedliche Bürger seien und selbst zur Ruhe mahnten. Die Verhaftung einiger großer Weinfälscher wäre mehr wert. Clemenceau erwiderte, die

Weinfälscher würden bereits verfolgt. Der Ministerpräsident kam nochmals auf die Äußerungen Aldys über die Kurrassiere zurück, die zum Vergnügen mit Revolvern geschossen hätten, und bemerkte, daß die Kurrassiere überhaupt keine Revolver haben. Millerand (Soz.) erklärte, die Verantwortlichkeit für die Repressivmaßregeln liege vollständig bei der Exekutivgewalt. Diese habe es an Voraussicht fehlen lassen. Sie hätte zu der republikanischen Bevölkerung des Südens in der Sprache der Vernunft reden sollen. (Beif. links.) Die Politik Clemenceaus führe Frankreich zur Anarchie. Es sei keine Gefahr dabei, das Ministerium zu wechseln. (Beifall auf der Rechten, Spottweise links.) Clemenceau erwiderte, Millerand habe seine Argumente aus nationalistischen Zeitungen geholt. Der Redner erinnerte an die Angelegenheit des sog. Forts Chabrol, die sich unter dem Ministerium abspielte, dem Millerand angehörte. Er, Clemenceau, könne nicht gestadelt werden, daß er nach den Weinbaugenden sichere Truppen gesandt habe, die Regierung habe der dortigen Bevölkerung geholfen, solange sie innerhalb der Grenzen der Gehorsamkeit geblieben sei. Wenn man die Regierung heute stürze, werde die Republik keinen großen Schaden erleiden. Alsdann erklärte der Ministerpräsident, daß der General Bailloud in Beziers eingetroffen sei und durchgesetzt habe, daß die meuternden Soldaten wieder in ihre Korps eintraten. (Beifall auf allen Bänken.) Schließlich nahm die Kammer mit 327 gegen 223 Stimmen eine von Reinach eingebrachte Tagesordnung an, die besagt, die Kammer habe zu der Regierung das Vertrauen, daß sie die Achtung vor dem Gesetz und die Pazifizierung des Landes sichern werden. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben.

Reserve- und Landwehrübungen.

Im Sommer, wo die Reserve und Landwehrübungen stattfinden, ist es nützlich, auf die Familienunterstützung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften aufmerksam zu machen. Die Unterstützung beträgt für die Wehrtaue 30 Proz. und für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Proz., insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Proz. des ordentlichen Tagelohnes. Reservisten und Landwehrlente mit mehr als drei Kindern werden also dafür gestraft, indem sie nur für drei Kinder oder eben nicht mehr als 60 Proz. des ordentlichen Tagelohnes erhalten. Diese Unterstützung kann schon nach dem Tage der Abreise des Übungspflichtigen zur Truppe erhoben werden und ist nicht als Armenunterstützung zu betrachten. Im Falle einer vorzeitigen Entlassung eines zur Übung Eingezogenen fordert die Behörde den zwofel gezahlten Betrag zurück. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Ortsbehörde zu stellen, wo der Einberufene vor der Übung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte. Das Gesuch um Unterstützung kann mündlich oder schriftlich gestellt werden, es genügt etwa folgendes Schreiben: „An den Gemeindevorstand von . . . Ich bin vom . . . bis . . . zu einer Reserveübung eingezogen. Ich beantrage für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und . . . Kindern. Die Kinder sind geboren: Paul am . . . Anna am . . . u. s. w. (Datum, Name, Wohnung).“ Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens vier Wochen nach Beendigung des Dienstes erhoben wird.

Bei dieser Gelegenheit darf auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Unterstützung von unserer Reichstagsfraktion (Genosse Darm) schon 1885/86 angeregt wurde. Budgetkommission und Plenum beschloßen damals, es seien die verbündeten Regierungen zu baldmöglichster Vorlage eines Gesetzes zu ermahnen. Erst 1891 kam die Regierung diesem Wunsche mit der Vorlage eines vollständig unzureichenden Gesetzes nach. Der Gesetzentwurf wurde abgeändert und dann schließlich gegen den Willen der Regierung angenommen. Man scheute plötzlich die Mehrbelastung der Steuerzahler, während man sonst Hunderte von Millionen für Militärzwecke forderte und ausgab, schreckte man vor der Mehrausgabe von etwa 2 Millionen zurück. Nachdem freilich fast einstimmig das Gesetz vom Reichstag angenommen worden war, wagte doch der Bundesrat nicht seine Zustimmung zu verweigern. Das Gesetz trat dann mit 1. Juli 1892 in Kraft.

Diese Ausführungen über das Zustandekommen machten sich nötig, weil manche Blätter tun, als sei die Unterstützung der Familien während der Friedensübungen eine besondere Vergünstigung, die man der Regierung und den Patriot-patrioten zu danken habe. Daß das Gesetz seinerzeit im Reichstage von Angehörigen aller Parteien angenommen wurde und der Bundesrat sich auch nicht getraute, gegen dasselbe Stellung zu nehmen, wie es die Regierung wünschte, geschah nur mit Rücksicht auf die Wähler, für die es dann gar zu offen zu erkennen gewesen wäre, welche Partei für die Interessen des Volkes eintritt.

Also, die Unterstützung der Familien von zu üben einberufenen Reservisten und Landwehrmännern ist der Sozialdemokratischen Partei zu danken! Sie wurde gegen den Willen der Regierung eingeführt und die bürgerlichen Vertreter im Reichstage stimmten nur zu, weil sie fürchteten, bei den nächsten Wahlen die Duldung von den militärisch-tüchtigen Wählern ausgestellt zu bekommen. Wenn also bürgerliche Blätter auf den Unterstützungsanspruch aufmerksam machen, so dürfen sie ruhig hinzufügen, daß diese Einrichtung ein Teil der „positiven Arbeit der Sozialdemokratie“ ist. Da wir aber wissen, daß sie nicht so ehrlich sind, wollten wir uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, diese Tatsache wieder einmal zu konstatieren.

Soziales und Parteileben.

Vom Streit des Maschinenpersonals der Schlep-, Güter- und Duggerboote des Rheins wird berichtet: In Mainz sind die Maschinenisten und Heizer von 36 kleineren Firmen in den Streit getreten, weil diese Unternehmer die gemachten Zugeständnisse beim Abschluß durch allerlei Schach- und Winkelzüge so verknäuelten wollten, daß es fast unmöglich gewesen wäre, in diesem Tarif noch eine Verbesserung zu erblicken. Nach einstündigem Streit hatten schon die Firmen Blocher, A. Kubs, G. Höhr, sowie die Firma Georg Winklermann bewilligt. — über die Lage in

Mannheim-Ludwigshafen wird geschrieben: Dienstag nachmittag fanden zwischen der Organisation der Maschinenisten und Heizer und dem Arbeitgeberverband für Mannheim-Ludwigshafen Verhandlungen statt, die fortgesetzt werden. Kommt eine Einigung zu Stande, so wird Mannheim zum größten Teil von dem Kampf verabschiedet bleiben. Auf den Hafenbooten der auswärtigen Firmen, sowie einigen kleinen hiesigen Firmen wurde Mittwoch früh die Arbeit von dem Maschinenpersonal niedergelegt. — Zutritt von Maschinenisten und Heizern ist fernzuhalten von Straßburg bis Rotterdam!

Der Stuttgarter Malerstreik ist nach über 15wöchiger Dauer beendet. Am Dienstag wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem die Arbeitgeber sofortige Tarifveränderungen zugestanden haben. Damit dürfte nun auch für die Maler als letzte Gruppe im Stuttgarter Bauergewerbe eine beiderseitig befriedigende Regelung der Arbeitsbedingungen und somit auch der Forderung im Gewerbe gesichert sein.

Der Schlachterboikott in Mannheim ist beendet. Durch den von dem Gewerkschaftskartell verhängten Boykott ist nunmehr erreicht, daß die Schlachtermeister ihre Gesellen in Zukunft nicht mehr maßregeln werden, wenn diese von ihrem gesetzlich garantierten Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Abgepreßte Syndikatsbeiträge. Die hiesige Presse spricht mit Vorliebe von den „hohen Gewerkschaftsbeiträgen“, die den Arbeitern „abgepreßt“ würden. Das Thema gilt zurzeit als aktuell; deshalb möchten wir, schreibt die „Bergarbeiter-Ztg.“, die Aufmerksamkeit auf die Beiträge lenken, die formell von den Werkschreibern, in Wirklichkeit aber von den Arbeitern an die Unternehmenssyndikate zu leisten sind. Wie hoch ist der Syndikatsbeitrag? Wir greifen eine kleine, südliche Ruhrzeche („Deutschland“ bei Datteln) und eine große nördliche Zeche („Graf Bismarck“) zur Exemplifizierung heraus und beschränken uns nur auf die Abgabe für Kohlen. Zeche „Deutschland“ hatte 1906 pro Tonne an das Kohlen Syndikat 62 Pfg. zu zahlen, bei Zeche „Bismarck“ machte es 66 Pfg. pro Tonne aus. Zeche „Graf Bismarck“ mußte an Syndikatsbeiträgen 1 007 218 Mt. leisten! Wenn wir nur 62 Pfg. pro Tonne Syndikatsbeitrag anrechnen und stellen in diese Rechnung die 4 1/2 Millionen Tonnen für Rechnung des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats verarbeiteten Kohlen, so kommen wir zu der Riesensumme von rund 27 680 000 Mark Syndikatsbeitrag für das Jahr 1906!!! Das ist aber noch längst nicht alles, denn für Koks und Breikoks erhebt das Syndikat ebenfalls „Umlage“ (Beiträge). So mußte Zeche „Deutschland“ pro Tonne Koks 1,33 Mt. Syndikatsbeitrag leisten! Wie kläglich niedrig sind demgegenüber die Gewerkschaftsbeiträge! Die Frage, wozu die hohen Beitragssummen von den Werkschreibern verwendet werden mag, bleibt einer speziellen Darstellung vorbehalten. Nur wollen wir darauf verweisen, daß ein Direktor vom Stahlwerkverband mit 100 000 Mt. Jahresgehalt angeheftet wurde! Ähnliche Riesengehälter zahlen auch die anderen Syndikate. Über die Gehälter der deutschen Gewerkschaftsbeamten, die durchschnittlich unter 2000 Mark pro Jahr bleiben, schreibt die „nationale“ Syndikatspreise natürlich Feter und Worbis. Die Syndikatsgeschäftsführer beziehen doppelt und dreifache Ministergehälter. Auch das sind Arbeitergehälter! Wieviel Beiträge an das Syndikat der Grubenherren hat jeder Arbeiter aufzubringen? Darüber erzählt der Geschäftsbericht der Zeche „Graf Bismarck“: Die Arbeiterzahl betrug 4340; der Beitrag an das Kohlen Syndikat belief sich auf 1 007 218 Mark. Damit nun Freunde und Feinde augenfällig beurteilen können, wie geringfügig die Gewerkschaftsbeiträge sind, stellen wir sie mit den Syndikatsbeiträgen zusammen. Es hat pro Arbeiter betragen 1906 wöchentlich:

Syndikatsbeitrag („Graf Bismarck“) . . . 446 Pfg.

Kohlbeitrag zum Bergarbeiterverband . . . 40 Pfg.

Mehr als elfmal soviel wie an seinen Bergarbeiterverband hat der Arbeiter an Beiträgen an das Werkschreibernsyndikat zu leisten! Vom Bergarbeiterverband bekommt das Mitglied für 40 Pfg. Wochenbeitrag eine Wochenzeitung, Rechtsschutz, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Streikunterstützung, Gemäßregelungenunterstützung, Sterbegelder. Vom Werkschreibernsyndikat werden die den Arbeitern vom Lohn abgezogenen Beiträge benutzt zur Stärkung der Werksmacht gegenüber der Arbeiterschaft. Das ist der Unterschied!

Die Grubensteiger im westfälischen Kohlenrevier haben sich aufgerafft und eine eigene Organisation gegründet. Bisher waren die Grubensteiger Mitglieder des „Vereins technischer Grubenbeamten“, wo sie nichts zu sagen hatten und wo auch nichts für sie getan wurde. Kaum ist die neue Organisation gegründet, ist gehen auch schon die Maßregelungen los. Das selbständige Vorgehen der Grubensteiger, ihre Emanzipation von der Bevormundung durch die Grubenherren, ist für die gesamte Bergarbeiterbewegung von Bedeutung. Der von der Zeche Osterfeld wegen seiner Organisationsbestrebungen gemäßigtere Steiger Werner Neumann führte in einer Versammlung zu Bochum aus: „Die Arbeiter haben seit vielen Jahren erkannt, wie notwendig eine Organisation ist, und auch wir können nicht länger zurückbleiben, wollen wir nicht noch mehr unsere Interessen dem Kapitalismus opfern. Wir wollen dem Druck von oben einen Gegenstand entgegenstellen. Wenn werden die Unternehmer ja unseren Verband nicht sehen, das zeigt das Vorgehen des Grubendirektors von Osterfeld. Um so mehr müssen wir alles daran setzen, auf gelegentlichem Wege unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.“ Die Diskussion zeigte, daß es sich um eine Bewegung handelt, welche durchaus ernst zu nehmen ist. Genau wie es die Vergleiche tun, verlangen die Steiger ein Reichsberggesetz. Es wurde von einem Redner unter großem Beifall der Versammlung betont, in dieser Hinsicht mit den Arbeitern Hand in Hand gehen zu wollen. Vom preussischen Landtage habe man nichts zu erwarten, deshalb müsse man an den Reichstag gehen. Es seien obligatorische Steigeraussschüsse zu verlangen und daß die Steiger Sitz und Stimme erhielten in den zu errichtenden Arbeiterkammern. Eine Anzahl direkte wirtschaftliche Forderungen wurden von dem Diskussionsredner erdriert, der schließlich hervorhob, daß der Verband der Steiger eine Kampforganisation sein müsse, selbst auf die Gefahr hin, ebenso rücksichtslos von den Unternehmern bekämpft zu werden wie die Arbeiterorganisationen. Ja, auch die Steiger werden ebenso rücksichtslos behandelt werden, wie die Arbeiter, das zeigt schon die Maßregelung Werners. Weitere Opfer werden folgen. Jeder Kampf erfordert Opfer, und es ist gut, wenn die Steiger sich mit diesem Gedanken vertraut machen. Sie dürfen die Opfer nicht scheuen, wenn sie ihr Ziel erreichen und sich von dem unwürdigen Druck des Unternehmertums befreien wollen. Es wäre ein unendlicher Gewinn, wenn die Steiger und die Arbeiter sich gegenseitig nicht mehr als feindselige Gruppen betrachten würden, wir das leider noch vielfach geschieht. Die Steiger sind genau so gedrückt — in mancher Beziehung noch mehr — wie die Arbeiter. Sie haben durchaus gemeinsame Interessen.

„Lüneburger“ Ausländerinnen. Beim Baggerbetrieb der Grube „Emma“ bei Streckau sind, ebenso auch in der Grube

selbst, neben Kroaten, Russen und anderen Ausländern ungefähr 60 Italiener beschäftigt. Diese Italiener lieben nun, genau wie der Sachse sein Sauerkraut, der Bayer seine Knödel, die Zuberleitung ihrer Speisen nach heimatlicher Methode. Zwei der Leute ließen deshalb ihre Frauen nach dort kommen, die nun das Essen für sämtliche Landsleute bereiteten. Bis jetzt hatte niemand dabei etwas Auffälliges gefunden. Da plötzlich, wie der Blitz aus heiterem Himmel, trifft die beiden Frauen die Ausweisung! Das interessante Schriftstück lautet:

Thießen, den 15. Juni 1907.
Da Sie nach polizeilicher Feststellung in Streckau seit einiger Zeit zu öffentlichem Argernis Anlaß gegeben, so werden Sie hiermit als lästige Ausländerin aus dem Deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Ich fordere Sie auf, das Reichsgebiet innerhalb acht Tage zu verlassen, anderenfalls Sie Verhaftung und zwangsweise Fortschaffung zu erwarten haben.

Der Amtsvorsteher, Schiller.
Es geht doch nichts über polizeiliche Feststellungen! Den Italienern, den Einwohnern von Streckau ist nicht bekannt, in welcher Beziehung die beiden Frauen Anlaß zu öffentlichem Argernis gegeben haben. Nur eins könnte man den Frauen als Argernis erregend anhängen. Sie sind nämlich — Mitglied des Konsumvereins! Wenn man bedenkt, welche Stellung die Behörden den Gründungen der Arbeiter gegenüber einnehmen, bleibt kaum noch eine andere Annahme übrig. Die Ausgewiesenen haben sich an den italienischen Konsul gewandt, aber das wird ihnen auch nichts helfen. Die Behörde empfindet die Gegenwart zweier Frauen als lästig, also fort mit ihnen! Etwas anderes ist es freilich, wenn Italiener als Streifbrecher nach Deutschland kommen. Da ist die Polizei eifrig tätig, die „nützlichen Elemente“ gegen angeblichen Terrorismus der deutschen Arbeiter zu schützen. Da kommt es nicht darauf an, wenn garantierte Rechte der deutschen Arbeiter illusorisch gemacht werden. Etwas anderes ist es auch noch, wenn russische Flüchtlinge, die vor den Schergen des Zaren Zuflucht im „freibeiwilligen“ Deutschland suchen, dem sicheren Tode überliefert werden. Wer da nicht glaubt, daß Deutschland ein Land der „Freiheit“ und des „Rechtes“ ist, der ist — Sozialdemokrat und verdient mit hohen Gefängnisstrafen bedacht zu werden. Deutschland — Rußland, ein großer Unterschied ist nicht vorhanden?

Wieder eine gerichtlich festgesetzte Wehklage. Bei der Reichstagswahl wurde in Osnaabrück der Schwindel verbreitet, Genosse Robert Friß als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Wahlvereins habe von den Zentrumsleuten 1500 Mt. bekommen, weil er dafür eingetreten sei, daß unsere Genossen in der Stichwahl das Zentrum herausgehauen haben. Der Polizeiergent a. D. Garthoff hat dies in einer öffentlichen Wirtschaft behauptet. Genosse Friß stellte Strafantrag und Garthoff wurde vom Schöffengericht zu 20 Mt. Geldstrafe verurteilt. Dagegen hat dieser Berufung eingelegt, wurde aber damit in der Berufungsinstanz kostenpflichtig abgewiesen. Ihm wird er sich und seine Hintermänner wohl beruhigen.

Ein Opfer des Militarismus. Am Mittwoch hatte der Genosse Emil Hauth der Mannheimer „Volkstimme“ die im Dezember v. J. vom Kriegsgericht wegen angeblicher Fahnenflucht über ihn verhängte siebenmonatliche Festungsgefängnisstrafe im Festungsgefängnis zu Köln verbüßt. Ob Genosse Hauth nun zur Entlassung kommt oder zur Ableistung der zweijährigen Dienstzeit zurückbehalten wird, darüber ist der Mannheimer „Volkstimme“ noch nichts bekannt. Sie bemerkt indes zu der Meldung: „Die stark erkrankte Gesundheit unseres schwer geprüften Kollegen läßt das letztere jedoch kaum als möglich erscheinen. Möge für ihn das Ende der Leiden nun gekommen sein!“

Die „Märkische Volksstimme“ siedelt am 22. Juni von Forst nach Cottbus über. Cottbus ist der Knotenpunkt und Hauptort des Verbreitungsgebietes, von dort aus kann das Blatt noch am Erscheinungstag fast in allen Orten ausgetragen werden, was von Forst aus nicht möglich war. Die Auflage ist auf 11 000 gestiegen; es wird eine Zwillingrotationsmaschine in Benutzung genommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Amtsekretär und ein Amtsdienner auf der Anklagebank. Unter der Anklage der Bestechung standen der Amtsekretär Richard Golz und der Amtsdienner Richard Häusler aus Eichwalde vor der I. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Beide wurden beschuldigt, im Herbst 1906 als Beamte für eine in ihr Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke angenommen zu haben. Beide waren ferner der Beleidigung, Golz außerdem des Hausfriedensbruchs angeklagt. Golz war infolge besonderer Verhältnisse in Eichwalde mit den Amtsgeschäften außerordentlich vertraut. Ihm wurde ein ganz bedeutender Einfluß auf den Amtsvorsteher nachgesagt. Man raunte sich im Orte zu, daß sich der Amtsekretär „Spicken“ lasse und man sich ihn zum Freunde halten müsse, wenn man etwas durchsetzen wolle. Nun wurde der Moskoreibischer Müller in Eichwalde fortgesetzt durch Strafverfügungen bestraft. Gegen die fortgesetzten Drangalierungen wußte er sich keinen anderen Rat, als daß er sich eines Tages nach dem Amtsbureau begab und sich dort über diese ewigen Strafbefehle beschwerte. Müller behauptet, daß der Angeklagte Golz ihm darauf unter bezeichnender Bewegung zweier Fingerspitzen gesagt habe: „Das liegt nur an Ihnen; Sie sind zu kniekräftig! Die Bureaubeamten wollen auch leben! Wie Müller das Amtsbureau verließ, drückte er auf dem zur dem Amtsekretär fünf Mark in die Hand, da er aus dem Gespräch mit diesem den Eindruck gewonnen hatte, daß es möglich sei, durch eine Geldzuwendung den einflussreichen Golz zu einem freundlichen Verhalten ihm gegenüber zu bewegen. Die Strafanzeigen, die vielfach von Häusler erstattet wurden, hörten jedoch nicht auf und so rief denn Herr Müller die Schuld und er erstattete die Strafanzeige gegen beide Angeklagte. Er beschuldigte nämlich auch den Häusler, daß er ebenso wie Golz Milch und Kartoffeln ohne Bezahlung von ihm bezogen und ihm auch kein Fuhrgehalt für das Zufahren von Abbruchholz aus Zeuthen bezahle habe. Als Müller seine Strafanzeige erstattet hatte, erschienen beide Angeklagte auf dem Gehöft des Müllers und beleidigten ihn in einem erregten Wortwechsel. Golz soll sich hierbei auch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Beide Angeklagte wurden s. Zt. vom Amte suspendiert, der Landrat v. Stubenrauch hat aber die Amtssuspension wieder aufgehoben, weil er an eine Schuld der beiden Beamten nicht glaubte. Im gestrigen Termin bestritt Häusler jedwede Schuld und wies die Behauptung des Müllers, daß er Milch und Kartoffeln gratis von ihm bezogen, energig zurück. Golz gab zu, daß ihm Müller beim Verlassen des Amtsbureaus die Hand gereicht und er die Dummheit gemacht habe, die 5 Mt., die er alsdann in seiner Hand vorfand, in die Tasche gesteckt zu haben. Er sei dann krank geworden und habe die Rücksendung des Geldes verabsäumt, doch rege es dem Müller jederzeit zur Verfügung. Im

übrigen habe er gar keinen Einfluß auf den Erlass oberer Richterlast von Strafverfügungen und von einer Bestechung könne gar keine Rede sein. Er habe dem Müller nicht gesagt: „Die Beamten wollen auch leben“, sondern ihm geraten: „Ich so zu bewegen, wie es sich gehört, dann werde er auch keine Strafanzeige bekommen.“ Aus der umfangreichen Beweisnahme zog der Staatsanwalt den Schluß, daß im Amtsbezirk Eichwalde traurige Verhältnisse obgewaltet haben und der Angeklagte Golz der passiven Bestechung schuldig sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Golz wegen der Bestechung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust und wegen der übrigen Delikte 40 Mark Geldstrafe, gegen Häusler wegen Beleidigung 20 Mark Geldstrafe. Das Gericht nahm an, daß der Zeuge Müller wohl gedacht habe, der Amtsekretär sei vermöge seiner im Orte bekannten einflussreichen Stellung in der Lage, den Amtsvorsteher zu Gunsten Müllers zu beeinflussen, damit die fortgesetzten Strafanträge aufhörten. Der Gerichtshof hat den Eindruck gewonnen, daß dem Angeklagten in der Tat ein weitgehender Einfluß eingeräumt worden war, der aber darauf beruhte, daß der alte Amtsvorsteher gestorben war und der Nachfolger sich erst einzurichten mußte. Aber das Gesetz weist eine solche einflussreiche Stellung einem Amtsekretär nicht zu. Was Golz prästiert hat, enthielt nicht die Ausübung eines Amtes, sondern er hat sich über sein Amt hinaus in Sachen gemischt, die ihm nicht zuzulassen. Dies mag vielleicht disziplinarisch zu beanstanden sein, für eine strafrechtliche Ahndung ist kein genügender Anhalt gegeben. Deshalb ist unter Freisprechung von der Anklage der Bestechung Golz nur wegen der Beleidigung und Hausfriedensbruchs zu 50 Mt., Häusler wegen Beleidigung zu 20 Mt. Geldstrafe verurteilt. — Beide Beamte sind außerordentlich milde bestraft. Nahm das Gericht an, das Spicken sei nicht strafbar, weil die 5 Mt. für eine nicht in das Amt des Sekretärs fallende Handlung gegeben war, so hätte es wohl auch prüfen müssen, ob denn in der Handlung des Angeklagten nicht ein Verstoß lag.

„Hausreifer“ eine Streifbrecherbeleidigung. Wegen Beleidigung eines Streifbrechers durch das Wort „Hausreifer“ wurde Genosse Paulick vom Volksblatt für Anhalt vom Schöffengericht zu Dessau zu 10 Mt. Geldstrafe verurteilt.

Ein frommer Sittenverbrecher. Der katholische Pfarrer Josef Fuchsberger hat als 57jähriger mehrfache Sittlichkeitsverbrechen an Schulmädchen begangen. Das Landgericht in Augsburg verurteilte ihn deswegen unter Annahme mildernden Umstände zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Aus Nah und Fern.

Bergmannslos. Durch herabbrechendes Gestein wurden auf Zeche „Minister Stein“ ein Bergmann erschlagen und zwei schwer verletzt. — Auf Zeche „Mont Geni“ stürzten zwei Bergleute in ein 70 Meter tiefes Abhau und blieben tot.

Mordchronik. Hinter dem Dominium Rößberg bei Beuthen wurde ein 25jähriger Mann ermordet aufgefunden, der anscheinend an anderer Stelle getötet und dann hinter den Gutszaun geschleppt worden ist. Der Ermordete weist Messerfische und Strangulationsmerkmale auf. — In Katarain an der preussisch-österreichischen Grenze kam es, wie der „Pöhlische Zeitung“ aus Breslau gemeldet wird, zwischen zwei Zigeunern nach einem Wortstreit zu einem erbitterten Messerkampf, bei dem zwei Zigeuner tödlich und einer schwer verletzt wurden. Die Verwundeten wurden in das Landesstranfenhaus in Troppau gebracht, die übrigen flüchteten auf preussisches Gebiet.

Kind Inzassen eines Automobils getötet. Ein Automobil, das mit fünf Passagieren aus Neapel kam, stieß in der Nähe des Bahnhofs Casanella gegen einen Felsen auf; das Automobil wurde zertrümmert, die fünf Reisenden wurden getötet.

Verstümmelt. In einer Sandgrube bei Dattshofen wurden ein 17jähriger Bauersohn und ein 20jähriger Knecht von Sandmassen verschüttet. Beide sind tot.

Zwei italienische Liebesraubdienen. Aus Rom wird berichtet: Der Bürgermeister Vignano von Davesco, ein 23jähriger junger Mann, begegnete vor der Stadt einer jungen Dame, der Tochter eines Mailänder Malers Prado, um deren Hand er vergebens angehalten hatte. Bei dem Anblick der Geliebten geriet Vignano außer sich. Er zog einen Revolver und erschoss erst die Dame und dann sich selbst. — Ein junger Bauer aus Catanzaro überraschte seine bildschöne junge Frau im trauten Beisammensein mit einem Gutsherrn. Er megelte die Untreue in einer selbst in Süditalien unerhört graufamen Weise nieder. Bei der Toten wurden nicht weniger als 44 Dolchstiche festgestellt.

Bulgarische Grenzstaten. Gegen fünfzig unbewaffnete serbische Bauern, Frauen und Mädchen aus dem Dorfe Dovesche in Mazedonien wurden auf dem Rückwege von der Kreise aus dem Hinterhalt von einer bulgarischen Bande angegriffen. Tot blieben der Lehrer und zwei Mädchen, 9 Kinder wurden verwundet. Die übrigen wurden durch einen türkischen Feldhüter gerettet. Die bulgarische Bande verschwand darauf unbefolgt.

Überschwemmung. In Trifala ist, nach einem aus Athen zugehenden Telegramm eine heftige Überschwemmung eingetreten. Die Zahl der Opfer beträgt etwa 100. Die Verkehrsverbindungen sind teilweise unterbrochen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steilling.
Verleger: Th. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Merztlicher Sonntagsdienst
am Sonntag, 23. Juni, von 1 Uhr mittags an
Dr. Feldmann, Breitestraße 40.
Dr. Fritz Eschenburg, Königstr. 48b.
Dr. Forst, Lindenstraße 3.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft** verkaufe.
G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, Arbeit, Fünfhauß 13

Alle Sorten Weine und Spirituosen
auch im Klein-Verkauf und Ausverkauf
empfehlen
J. Höppner, Stadtrathstr. 11.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Verband der Zimmerer.

Sommerfest-Komitee

Montag abend 8 1/2 Uhr
Abrechnung bei Mohr, Hundestraße.

Am Freitagmorgen verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere kleine süße Minna im zarten Alter von 9 Monaten, tief betrauert von ihren Eltern und Großeltern

C. Stier und Frau
geb. Dürkop.

Fremdliches Logis zu vermieten.
Wakenhauer 80.

Ein Logis zu vermieten.
Heinrichstraße 8 a, 1.

Ein freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten.
Warendorferstraße 52 54, III 1.

Fremdliches Parterrezimmer für 1 oder 2 junge Leute
Rosenstraße 29.

Ein freundliches möbliertes Zimmer zu vermieten.
Warendorferstraße 15, 2. Stg.

Fremdlich. Logis zu vermieten.
Fischergrube 26/5.

Ein Logis zu vermieten.
Rosenstraße 18, II.

Geladen mit Wohnung für jedes Geschlecht passend,
Untertrave 70, 1. Stg., Ecke Fischergrube.

Zu sofort zu vermieten

1 Laden nebst Wohnung,
Mitte der Stadt und

1 Laden nebst Wohnung
vor dem Burgtor.

Mäheres bei Schlomer, Breitestraße 54.

Gesucht zum 1. Oktober eine 3 Stuben-wohnung von ruhigen Leuten mit einem Kind. Angebote mit Preis unter S U an die Expedition d. Bl.

Gesucht eine 3 Stubenwohnung nebst Kammer im Preise von M. 250-300 Mitte der Stadt. Offerten unter M St an die Expedition d. Bl.

Ein gutes Fahrrad zu verkaufen.
Fleischhauerstraße 8.

Ein gut erhalt. zweifelhige Sportkarre mit Gummireifen u. ein Gefellen-Koffer billig zu verkaufen.
Nabenstraße 22.

Ein gut erhaltener Sportwagen zu verkaufen.
Reiserstraße 18.

2 1/2 Schl. Bettstellen m. Matratzen sind billig zu verkaufen.
St. Johannis 12-14, part.

Ein altes Sofa zu verkaufen.
Paulstraße 17, p.

1 Haus, 2 3-Zimm. Wohn., Einfahrt, gr. massiv. Werkst. m. Bod. reip. Stall u. mehr. Säuer i. d. Weithofstr. m. 4 Wohn. billig zu verk.
Näh. Schönböfenerstr. 18a.

Ein wenig gebrauchtes Herrenrad, Halbrenner, eleg. Straßenrad, weg. Abreise spottbillig z. verk., ebenso ein älteres, sauber erhalten.
Friedenstr. 56.

Herrenrad, tadellos, für 95 M. zu verkaufen.
Alfstraße 31, 2. Stg.

Ein Paar Wellensittiche mit neuem Bauer billig zu verkaufen.
Krempelsdorfer Allee 33.

Ein pr. Herrenrad, neu, für jeden annehm. Preis zu verkaufen.
Friedenstraße 51.

Zugänger und Brieftauben zu verkaufen.
Sedanstr. 24 a, part.

Zu verk. 1 elekt. Ladungloche, 1 fast neues Sommerjackett für schlanke Figur, 1 Wringmaschine.
Sedanstraße 15 I.

Kaffetauben wegen Überfüllung des Weises Pfauen, Vrierer, Stücken u. Kalotten.
Marktstraße 29.

Dr. Thompson's
Seifenpulver
Marke Schwan
spart
Arbeit, Zeit, Geld.
Zu haben in allen besseren Geschäften

Eine der interessantesten politischen Zeitungen der Reichs-Hauptstadt ist die im 55. Jahrgange stehende altbewährte

Berliner Volks-Zeitung

mit reich illustriertem Sonntagsblatt

Chefredakteur: Karl Vollrath.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ ist die billigste der täglich zweimal erscheinenden deutschen Zeitungen, sie ist eine unabhängige Zeitung, die mit den großen weltbewegenden Problemen des zwanzigsten Jahrhunderts vertraut macht, die dem Volke zeigt: was es ist, was es kann und was es aus politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen tun muß, um den höchsten Zielen des Staatslebens und der Menschheits-Entwicklung zuzustreben.

80 Pfg. monatlich
bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches.
Im Roman-Festleiton erscheint demnächst
Die blaue Laterne von Paul Lindau.

Ein neuer Roman von Lindau ist immer ein Ereignis. Frischere Schöpfung des berühmten und beliebten Schriftstellers beleuchtet mit reicher Spottlust das moderne Großstadtleben und die modernen Gesellschaftskreise in ihren verschiedenen Abstufungen. Der Name Lindau genügt, um etwas überaus Fesselndes, Bedeutendes erwarten zu dürfen, und in der Tat wird das farbenreiche Bild, das uns der Dichter von dem Getriebe unserer reichbewegten Zeit gibt, berechtigtes Aufsehen erregen.

Expedition der „Berliner Volks-Zeitung“
Berlin SW. 19, Jerusalemmer Straße 46-49.

: Arbeiter - Bildungs - Schule Lübeck :

Vortrags-Zyklus

über folgende Vorkämpfer des Proletariats:
Robert Owen, Charles Fourier, Ferd. Lassalle, Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und Ignaz Auer ::

1. Vortrag am Montag, den 24. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:
.. .. Ferdinand Lassalle

Referent: Dr. Schlomer.

Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Zahlreicher Beteiligung an diesen im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50-52, stattfindenden Vorträgen sieht entgegen
.. .. Der Vorstand

Verband der Maler.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum 22. Stiftungs-Fest

bestehend in
Gartenkonzert, Preisschiessen, Damen- und Kindervergnügen
mit nachfolgendem Ball
am Sonntag den 23. Juni 1907
im Restaurant „Tiergarten“, Arnimstraße 51.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Anfang des Balles 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Eintritt zum Gartenkonzert à Person 10 Pfg.

Das Komitee.

Für **20 Pfennig** haben wir mit
„Lehmans Lehrzeit“
in der Tonhalle eine Vorstellung, daß die Leute auf der Strass stehen bleiben, wenn sie das Lachen hören.

Kinder 10 Pfennig.

TONHALLE, Schmiedestrasse 20.
Platz für Fahrräder.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Friedrich-Franz-Halle.
Jeden Sonntag:
Familien-Kränzchen
Gustav Glöde.

Louisenlust.
Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik
W. Glöde.

Travestrand Moisling.
Heute Sonntag:
Großes Ringreiten
wozu freundlich einladen
Die Reiter. **Johs. Schiering.**

WAISENHOF,
Fackenburger Allee 56.
Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
v. Robowski.

Flora.
Morgen Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Max Siems.

Einsegel.
Heute Sonntag:
Familien-Kränzchen.
Freier Eintritt. — Freier Tanz.

Restaurant z. Polirkrug
Geschützte Lauben
und geschlossene Veranda.
Angenehmer Familienaufenthalt.
Zur Gintehr empfiehlt sich
F. Strokar, Schwartauer Allee 92.

Central-Hallen.
Dankwartsgrube 20-22.
Jeden Sonntag:
Großer Tanz
in beiden Sälen.
Anfang 4 Uhr.

Günstigste Kaufgelegenheit für Ferien und Reise.

Um mein grosses Lager in den nachstehenden **Saison-Artikeln** noch möglichst vor dem bevorstehenden Umzug zu räumen, sollen dieselben von **heute** an bis inkl. **Mittwoch, den 26. ds.,** zu **aussergewöhnlich billigen Preisen** verkauft werden.

Für Kinder:

Braune Segeltuchschuhe mit Absatz
25/26 **1.35** Mk. 27/30 **1.65** Mk. 31/35 **1.85** Mk.
Weisse, graue und braune Turnschuhe mit Gummisohlen
25/28 **1.60** Mk. 29/32 **1.75** Mk. 33/35 **1.90** Mk.
Graue Segeltuchstiefel mit schwarzer Leder-Garnitur
25/26 **2.65** Mk. 27/30 **3.20** Mk. 31/35 **3.65** Mk.
Braune u. bord. Ziegenleder-Schnür- u. Knopfstiefel
25/26 **3.40** Mk. 27/30 **4.20** Mk. 31/35 **4.90** Mk.

Für Damen:

Graue u. braune Segeltuchschuhe m. Gummisohlen **2.25** Mk.
Braune Segeltuchschuhe mit Absatz **2.35** Mk.
Graue Segeltuchschuhe m. Abs. schw. Leder-Garnitur **2.90** Mk.
Graue Globusstiefel mit Lackgarnitur, sehr elegant **4.90** Mk.
Leder-Reiseschuhe **2.50** Mk.
Melierte Drell-Hausschuhe **2.25** Mk.

Für Herren:

Schwarze und braune Segeltuchschuhe mit Absatz **2.65** Mk.
Graue und braune Segeltuchschuhe mit Gummisohlen **2.65** Mk.
Grau melierte Schnürschuhe haltbarer Tourenschuh **4.75** Mk.
Schwarze Voile-Schnallenstiefel bequemer Tourenstiefel **4.90** Mk.
Leder-Reiseschuhe **2.90** Mk.

Von obigen Preisen werden an der Kasse **4%** in Abzug gebracht, resp. **Rabattmarken** verabfolgt.

Auguste Popp

Breitestrasse 52.

Einzelne Restbestände in farbigen Leder- und Stoffstiefeln **weit unter Preis.**

Friedrichshof.

Jeden Sonntag:

Tanz.

Wakenitz-Bellevue

Heute Sonntag den 23. Juni:

Tanzkränzchen.

H. Fährbörster.

Kaffeehaus Moisling.

Grosses Radringleiten mit nachfolgendem Ball, wozu freil. einladen Die 20 Fahrer. C. Schreiber.

Carlshof.

Sonntag, den 23. Juni:

Grosses sächsisch-thüringisches **Vogel-Schießen**

(à la Dresdener Vogelwiese).

Ausschank von ff. Lagerbier.

M. Keller.

Am Sonntag, den 23. Juni 1907:

Wurstbeissen

bei F. Buck-Mori,

hierzu laden freundlichst ein

Die Schaffer.

Steinrader Baum.

Morgen Sonntag, den 23. Juni 1907:

Abtanz-Ball

wozu freundlichst einladen

H. Holst.

W. Behnke.

Achtung!

Gesangverein Harmonia
Schwartau-Rensefeld.

Gr. Sommerfest

bestehend in Herren- und Damen-Schießen

am Sonntag, den 23. Juni im Lokale der

Ww. G. Sternberg in Rensefeld.

Anfang des Schießens und des Konzerts um

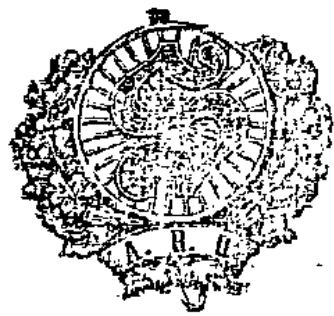
2 Uhr nachmittags.

Anfang des Balles: 7 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand

und Ww. G. Sternberg



Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Einladung zum

14. Stiftungs-Fest

bestehend in Korsofahrt, Preisschiessen, Tombola, Reigenfahren mit nachfolgendem

BALL

am Sonntag, den 23. Juni 1907,
im Vereinshaus, Johannisstr. 46-52.

Anfang 4 Uhr. Von 4-8 Uhr: Konzert im Garten. Ende 2 Uhr.

Preisschiessen von morgens 11 bis mittags 1 Uhr und von 4-8 Uhr abends.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

NB. Die Korsofahrt beginnt präzise 3 Uhr nachmittags ab „Vereinshaus“ und geht durch folgende Strassen: Johannisstr., Schlumacherstr., Balauerföhr, St. Annenstr., Mühlenstr., Mühlenbrücke, Hütertor-Allee, Falkenstr., Hubbrücke, Kanalstr. nach „Vereinshaus“.

Tombolafeste, die bis Sonntag, den 23. d., abends 6 Uhr, nicht abgeliefert sind, werden als verkauft betrachtet.

Die Sportgenossen werden ersucht, am Sonntagmorgen 8 Uhr im „Vereinshaus“ zu erscheinen zwecks Empfangnahme der auswärtigen Bundesvereine.

Das Komitee.



St. Gertrud-Liedertafel.

Sommerfest

verbunden mit Konzert u. Ball,

Preisschiessen für Herren . . .

Damen- und Kindervergnügen,

am Sonntag, den 30. Juni 1907, im Restaurant „Tiergarten“.

Anfang 4 Uhr. Preisschiessen von 11-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Ende 2 Uhr.

Serenade 60 Pfg., eine Dame frei. Eintritt zum Konzert 10 Pfg.

Das Konzert wird ausgeführt von der Stadtkapelle, Dirigent: Herr Fr. Oldenburg.

Der Vorstand.

Schloßbrauerei A.-G. Kiel

empfehlen ihre aus bestem Hopfen und Malz gebräuten Biere in Gebinden und Flaschen. Umsatz im letzten Jahre

106 800 Hektoliter, 11 Millionen Flaschen.

Niederlage in Lübeck:

Fernsprecher 1811. **Carl Grimm, Wakenitzmauer 5.**

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Universum

Heute Sonnabend und morgen Sonntag:

Gr. Komödien-Abend

Anfang Sonntag 5 Uhr.

L. Puls.

Tiergarten



Lübeck.

Jeden Sonntag:

Großes Gartenkonzert

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Fütterung der Raubtiere: 6 Uhr.

Wilh. Grammerstorf.

Wilhelm-Theater.

Sonntag: Aufgehobenes Abonnement.

Große Doppel-Vorstellung.

Gastspiel des kgl. Hofchauspielers Herr

Hans Wahlberg.

Die Hochzeitsreise.

Lustspiel in 2 Akten von Benedic.

Flachsmann als Erzieher

Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Anfang 7 Uhr.

Montag: 36. Abonnements-Vorstellung.

Gastspiel des Hofchauspielers H. Wahlberg.

Fuhrmann Hentschel.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.

Sonntag, den 23. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr:

Stürmischer Lacherfolg.

Fräulein Josette — meine Frau!

Lustspiel in 4 Akten v. Gavault u. Charvey.

Montag, den 24. Juni. Anfang 8 Uhr.

Dieselbe Vorstellung.

Billetvorverkauf bei F. W. Kaibel und

Otto Gorchler, Breitestrasse, sowie an der

Theaterkasse.

Duzendbillets für alle Plätze gültig, täglich

an der Theaterkasse zu haben.

Der Hilfskassen-Gesetzentwurf.

(Schluß.)

Für die freien Hilfskassen wird nun allerdings der Rechtszustand auch wesentlich dadurch verändert, daß der Entwurf die Entscheidung darüber, ob ein Verein als ein „kleiner“ anzusehen ist, von Fall zu Fall der Aufsichtsbehörde überließ (§ 53 Abs. 4 des Versicherungsgesetzes). Das tat bereits der erste Entwurf, und zwar ganz unbedingt und ohne eine Garantie für die Sicherung der Zulassung zu bieten. Dagegen erhob sich mit Recht eine scharfe Opposition der interessierten Kreise, die auch in der Reichstagskommission lebhaften Ausdruck fand, besonders von sozialdemokratischer Seite. Es war notwendig, willkürliche behördliche Entschlüsse betreffend die Zulassung zu verhindern. Ein Zulassungsrecht ist im geltenden Hilfskassengesetz den Behörden nicht gewährt. Sollte die Ausübung dieses Rechtes in bezug auf die Hilfskassen nicht den Charakter einer behördlichen Konzessionserteilung annehmen, so war geboten, entsprechend einem Beschluß der Reichstagskommission, durch eine ausdrückliche Bestimmung die gesetzliche Gewähr dafür zu geben, daß die Anerkennung eines Vereins, der seine Leistungen innerhalb der vorgesehener Grenze (§ 4 Abs. 1 Nr. 2) des Entwurfs hält, als eines „kleineren“ ausnahmslos erfolgen muß.

Diese Gewähr bietet der Entwurf im § 5 Abs. 1. Da ist, wie die Regierung in ihrer Begründung ausdrücklich erklärt, vorgelesen, „daß die bezeichneten Vereine sämtlich als kleinere Vereine anerkannt werden müssen, und nur auf ihren Antrag den handelsrechtlichen Vorschriften unterstellt werden können.“

Damit dürfte ein Hauptbedenken, das gegen den ersten Entwurf durchaus begründetermaßen sich richtete, beseitigt sein. Voraussetzung für die Anerkennung ist allerdings, daß nach § 7 des Versicherungsgesetzes (das abweichend vom Entwurf die Erlaubnis guter Geschäftsbetriebe konstruiert) 1. der Geschäftsplan gesetzlichen Vorschriften nicht zuwiderläuft; 2. daß nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten hinreichend gewahrt sind und 3. daß nicht Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfindet.

In dieser Bestimmung begreift sich das Aufsichtsprinzip, dessen Anwendung die Entstehung von Schwindelkassen verhindern soll. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat für diese Bestimmungen, wie für das Versicherungsaufsichtsgesetz überhaupt, gestimmt. Wir finden gar nichts Bedenkliches darin, daß sie auch auf die Hilfskassen Anwendung finden; ein reelles Unternehmen kann durch sie nicht gefährdet werden. Es ist ein unanfechtbarer, unbedingt anzuerkennender Grundsatz, daß die Interessen der Versicherten sicher zu stellen sind. Unter demselben Gesichtspunkte ist die nach § 64 des Versicherungsaufsichtsgesetzes geschiedene Unterscheidung des ganzen Geschäftsbetriebes der Versicherungsunternehmungen, also auch der Hilfskassen, unter die Überwachung der Aufsichtsbehörde zu beurteilen. Die Überwachung an sich ist ja übrigens für die Hilfskassen gar nichts Neues. Wie sie nach dem geltenden Hilfs-

kassengesetz bestimmten Vorschriften, betreffend den Inhalt ihres Statuts, unterworfen sind, und wie ihre Zulassung davon abhängig ist, daß ihr Statut den Anforderungen des Gesetzes genügt — so sind sie auch einer Überwachung durch die Aufsichtsbehörde unterworfen; sie sind dieser Behörde zu Einwendungen von Aufsicht über die Mitglieder, über die Krankheits- und Sterbefälle, über die vereinnahmten Beiträge und die geleisteten Unterstellungen, sowie zur Einwendung eines Rechnungsabschlusses verpflichtet.

Der wesentliche, aber nach unserer Überzeugung die Hilfskassen nicht benachteiligende Unterschied ist: die Überwachung resp. Prüfung durch das Aufsichtsamt beschränkt sich nicht auf die Innehaltung der statutarischen Bestimmungen und die Beachtung der Normativbestimmungen des Gesetzes — der Entwurf dehnt sie aus auf die Leistungsfähigkeit der Kassen zwecks Sicherung der Ansprüche der Versicherten, insbesondere der Ansprüche, die erst später eintreten. In Anbetracht des Umstandes, daß die Kasse später leisten muß, als der Versicherte, der regelmäßig seinen Beitrag zahlt, ist es unter rechtlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten geradezu Pflicht des Gesetzgebers, durch entsprechende Aufsicht sichere Gewähr dafür zu schaffen, daß die Kasse auch nach Jahren noch ihre Verbindlichkeiten gegen die Versicherten zu erfüllen vermag; daß Leistungen und Beiträge, Ausgaben und Einnahmen in richtigem Verhältnisse stehen; daß Reservenfonds in entsprechendem Umfang angeammelt werden etc. Dagegen läßt sich grundsätzlich und sachlich nicht das geringste einwenden; es sind dagegen von Seiten der Hilfskassen und der Sozialdemokratie noch niemals Einwände erhoben worden — im Gegenteil, sie haben das Prinzip und eine gerechte und verständige Praxis der Sicherung stets anerkannt; die sozialdemokratische Fraktion hat, wie bereits bemerkt, dem Versicherungsaufsichtsgesetz, das auf dieses Prinzip sich stützt, zugestimmt, und zwar nachdem in das Gesetz (§ 1 Abs. 2) auf ihren Antrag die Bestimmung aufgenommen war, daß als Versicherungsvereinigungen im Sinne des Gesetzes nicht gelten solche Privatvereinigungen (Gewerkschaften etc.), die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren ohne ihnen einen Rechtsanspruch einzuräumen. Es war das nötig um polizeiliche Schikantierung der Gewerkschaften unter mißbräuchlicher Anwendung des Gesetzes zu verhindern. Wir vermögen nicht einzusehen, daß die Hilfskassen durch strikte Anwendung des Sicherungs-Prinzips auf sie geschädigt werden könnten. Zugegeben, daß ihnen daraus mehr Arbeit erwachsen könne oder tatsächlich erwächst, so ist doch das kein Grund, dem Prinzip und seiner Durchführung zu opponieren. Es könne sich in diesem Punkte nur darum handeln, zu erwägen, ob einzelne Bestimmungen des Entwurfs nicht zu weitgehende, vielleicht gar überflüssige oder durch bessere und zweckentsprechendere zu ersetzen sind. Darüber zu befinden und ein maßgebendes Urteil abzugeben, ist nicht Sache juristischer Instanzen, sondern Sache der dazu berufensten Organe, der Hilfskassen und ihrer Vorstände selbst, praktisch auf dem Gebiete der Hilfskassenwesens tätiger tüchtiger Menschen, denen praktische Einsicht und Erfahrung nicht fehlt. Ohne ihrem Urteil als dem auch für uns maßgeblichen vorgreifen zu wollen, schließen wir diese Ausführungen mit der Erklärung:

Nach unserer Überzeugung ist der Hilfskassengesetzentwurf weder daraufge-

richtet noch ist er danach beschaffen, die freien Hilfskassen zu erdroffeln; ihr rechtliches Verhältnis wird nicht verschlechtert, ihre Entwicklung wird nicht erschwert oder verhindert; sie können vielmehr als notwendiger Teil des Versicherungsorganismus erstarken und wachsen und zu größeren Leistungen gelangen.

Das ist unsere ehrliche, durch objektives und vorurteilsloses Eingehen auf die Sache begründete Überzeugung. Wer glaubt, daß wir irren, der möge versuchen, uns des Irrtums zu überführen. Jedenfalls, das wissen wir, stehen wir mit unseren Ansichten in der Partei nicht allein und dürfen wir auf Zustimmung aus den Kreisen der Hilfskassen-Interessenten rechnen.

Preussische Polizeiwilkkür vor Gericht.

Bochum, 19. Juni 1907.

Vor der Strafkammer II hier spielt heute und folgende Tage ein Prozeß, bei dem wieder einmal die liebe Polizei auf die Anklagebank gehört hätte, anstatt in der Rolle des Anklägers aufzutreten. Das Vorkpiel zu dem Prozesse ist kurz folgendes: Der Bergmann Wilh. Rüscher in Recklinghausen, derzeitiger Vertrauensmann der dortigen Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes, hatte am 6. Mai 1906 eine Versammlung der Mitglieder der dortigen Zahlstelle nach einem für Versammlungszwecke gemieteten Privatlokale einberufen, da es auf eine andere Weise nicht möglich war, die Mitglieder zu einer Versammlung zusammenzubekommen, denn bei den Wirten war ein Lokal nicht zu haben, wie allgemein bekannt war, aus Furcht vor polizeilichen Schikanen. Rüscher meldete die Mitglieder-Versammlung für das gemietete Lokal vorschriftsmäßig an, er bekommt die Befehlsgewalt und alles ist so weit gut. Als dann aber nach Eröffnung der Versammlung der Referent Horn das Wort erhält, erhebt sich plötzlich der überwachende Polizei-Kommissar Krohn und erklärt die Versammlung für aufgelöst. Rüscher fragt nach dem Grund, der wird verweigert; der Redner Horn fragt ebenfalls noch einmal, aber mit derselben Wirkung. In dieser Situation hat dann Rüscher das Wort gebraucht: „Das ist doch eine Niedertracht“ (oder Niederträchtigkeit), darüber hat sich der Polizei-Kommissar beleidigt gefühlt und das Schöffengericht in Recklinghausen hat Rüscher für die „Niedertracht“ eine Woche Gefängnis zubestimmt. Die Strafkammer ging auf die Verurteilungsgründe des Angeklagten ein und setzte die Verhandlung aus, um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, den Beweis der Wahrheit dafür zu erbringen, daß die Recklinghauser Polizei die Bekämpfung des Bergarbeiter-Verbandes und der Sozialdemokratischen Partei systematisch durch Auflösung ihrer Versammlungen betreibt. Um diese Beweisführung handelt es sich heute. Zu der Verhandlung sind circa 50 Zeugen geladen, unter ihnen etwa ein Duzend Polizeibeamte. Auch ein Abgesandter der Regierung, Bezirkskommissar Krohn, wohnt der Verhandlung bei.

Der Angeklagte Rüscher stellt in seiner Vernehmung die Sache wie oben dar und bemerkt weiter noch, daß ihn Polizei-Wachmeister Hampel einmal gelegentlich einer Flugblattverbreitung mit zur Wache genommen und ihn auf der Wache, als er sich über die ihm widerfahrene Behandlung beschwerte, mit den Worten bedroht habe: „Warte, Bürschchen! hier bist Du auf der Polizeiwache. Wenn Du Dich nicht ruhig hältst, dann gehen wir einmal in ein Zimmer allein.“

Polizeikommissar Krohn (als Nebenankläger zugelassen) erklärt unter Eid als Zeuge, er habe ohne

Kathleen von Killarney.

Eine Geschichte aus Irland.

Von Johanna Feilmann.

(9. Fortsetzung.)

„Schwöre nicht Harold! O, wie soll ich dir wieder glauben, dir trauen, wenn du mir schon als mein Verlobter die Treue gebrochen hast! Sieh, das ist es ja, was mich bekümmert, nicht niedere Eifersucht — du, Harold, den ich verehrt habe, du heuchelst mir Liebe, die du nicht gefühlt hast, denn sonst hättest du nicht so handeln können — und wie habe ich auf deine Liebe gebaut —“

„Laß die Vergangenheit ruhen.“

„Ich wollte es; du hast mich aufgefordert, zu sprechen, so werde es auch jetzt klar zwischen uns. Sieh, du lästst du nennst mich eine Idealistin, eine Schwärmerin, wenn ich anders denke, wie du, wenn ich sage, es gibt Höheres, Schöneres zu erstreben als Befriedigung unserer eigenen Bedürfnisse.“

Doch warum sollen wir, die Bevorzugten, die Reichen, Gebildeten, nicht mit gutem Beispiel vorangehen und die uns durch unfern Reichtum gewährte Freiheit zum Wohl anstatt zum Unglück der Niedrigeren anwenden? Deine Bildung hätte deiner Leidenschaft die Zügel anlegen sollen. Kathleen war ein braves, ordentliches Mädchen — aber nichts ist euch heilig — alles tretet ihr in den Staub —“

„Du irrst, Miriam, nichts ist mir heiliger als die Ehre einer Frau —“

„Deiner Frau, deiner Mutter, deiner Schwester — wehe dem, der sich an ihrer Ehre verflüchtigen, sie mit einem Blick, einem Worte kränken würde — einer Kathleen — nein — und das arme, arme Kind — es ist entsetzlich, Harold!“

„Du vergißt mir nicht, du willst nicht vergessen —“

„Vergessen? Vergessen? Ich kann es jetzt noch nicht — du weißt, ich bin wahr und offen. Ich fühle, als hätte ich eine tiefe Wunde im Herzen, die blutet, sobald du mich berührst. Gebulde dich, Harold, vielleicht, vielleicht wird sie heilen, wenn du mich gleich einer Kranken schonst.“

„Miriam, vergiß!“ Bittend streckt er ihr beide Hände entgegen.

„Nein, nein, nicht jetzt, ich kann es nicht, ich kann nicht heucheln, nicht lügen! O, wie mir der Zwang, den die Gäste mir auferlegen, unerträglich wird, wie ich mich nach Ruhe und Einsamkeit sehne!“

„Miriam!“

„Ja, es ist so, mit dem Lächeln auf den Lippen trage ich den Tod meiner Liebe im Herzen.“

Er stampft mit dem Fuß und preßt die Hand an die Stirn. Dann tut er einen Schritt, daß er ihr dicht gegenübersteht.

„Ist das dein letztes Wort, Miriam,“ fragt er dann drohend, „verstehst du recht, daß auch meine Gegenwart dir lästig ist?“

„Ich sehe heute einen mit fremden Menschen in dir, Harold; es kam alles so unerwartet, mich überraschend; soll auch ich Empfindungen heucheln, die ich nicht wahrhaft hege!“

„Nein, das verlange ich nicht! Aber es ist wieder deine fatale, so oft von mir gerügte Sentimentalität, die dich irre führt — eine kluge und zugleich gute Frau vergeißt und schweigt; sie trägt keinen heimlichen Groll wie du!“

„Ich?“

„Kein Wort weiter!“ unterbricht er sie zu Tode erbläßt, „meine Gegenwart soll dich nicht lange mehr belästigen.“

„Lady Norton, wo bleiben Sie? Wir bedürfen Ihrer,“ ruft eine jugendliche Stimme und sogleich reicht Sir Harold seiner Gemahlin voll Höflichkeit den Arm und führt sie einer Gruppe von jungen Mädchen zu, die sie jubelnd begrüßen.

„Lady Norton, bitte, stehen Sie als Miriam. Ihr Name selbst gab uns die Idee zum Wilsde. Sehen Sie, dieser Schawl und diese Spangen passen herrlich zum ägyptischen Kostüm.“

Eine Viertelstunde später entläßt Miriam die Zuschauer durch ihre liebliche Schönheit. In sich versunken steht Sir Harold; brennend ruhen seine Augen auf der anmutigen Gestalt, wie sie, gleich aus Marmor gemeißelt, sich dem Hofestnaben zuneigt.

Sein Entschluß ist gefaßt: rasch wie immer hat er in seinem Innern entschieden. Mag sie lernen, was es heißt, einen Sir Harold Norton beleidigen!

Da klopf ihm sein Freund Lord Alan auf die Schulter.

„Benetbenswert, Sir Harold, Sie haben das große Los in der Ehestandslotterie gewonnen.“

Sir Harold zuckt zusammen.

„Sie haben recht, Freund, meine Miriam ist eine Perle.“

Doch kommen Sie, spielen wir Napoleon, mich langweilen diese lebenden Bilder!“

Und schwer, schwer wird Miriam der Tribut der Heuchelei, den der Ton der guten Gesellschaft ihr an diesem Abend auferlegt!

VII.

Bliefern schwer ruht ein sternloser, grauer Abendhimmel über Killarney. Es ist, als ob die ganze Natur schlief, befangen von einem beängstigenden Traum.

Alles still! Nur hier und da taumelt eine Fledermaus mit unheimlichem Flügelschlag heran oder ein Nachtfalter schwirrt vorüber, wie Mike O'Donnell, auf einen schweren, mit Eisen beschlagenen Stock gestützt, den schmalen Fußsteig hinanklimmt, der über Steingeröll und Brombeergestrüpp durch dunkles Gebüsch an das Hinterhaus des „Goldenen Ankers“ führt. Oft stolpert sein Fuß und dann stößt er einen lauten, grimmen Fluch aus — aber ängstlich und erschrocken schaut er sich um und lauscht — hat ihn jemand gesehen, gehört?

Jetzt ist er der Schenke nahe; leuchtend hält er inne. Warum sich nicht erst an einem Trunk erfrischen? Wie trocken ihm die Kehle geworden ist; und Mut macht ihm der Whisky; wie Feuer rollt ihm nach seinem Genuß das Blut durch die Adern. Leise und zögernd schleicht er sich an die Bordertür. Nein, heute abend darf er sich nicht hier sehen lassen!

In der Bar ist es voll von Gästen. Die von Tabakrauch und Whiskydunst geschwängerte Luft wogt schwül und glühend bis hinaus vor die offenstehende Haustüre. In der nebelartigen, schwach erhellten Atmosphäre verschwimmen die wüsten wilden Gestalten der Männer und Weiber zu einem wirren Durcheinander.

Nur hier und da fällt das Licht grell auf das Gesicht eines Trinkers, der gierig das Glas an die Lippen legt und es in einem Zuge leert, auf einen scharlachroten Mantel, auf eine weiße Spitze, die ein braunes, durchfurchtes Frauenantlitz umgittert.

Mike O'Donnell sieht mit Begehr, wie sich alles an dem ringsum laufenden Schenkeisch drängt, hinter welchem die braunlackierten Fässer mit feurigem Geirant, auf hölzernen Lagern, in Schichten bis an die Decke reichen; wie die blank gepugten Messingfräne und Reifen mit verlockendem Glanze aufblitzen!

Jede Beeinflussung seiner vorgesetzten Behörde die Auflösung vorgenommen. Er bestreitet, gesagt zu haben, die Auflösung sei „von oben“ angeordnet. Zeuge behauptet ferner, das Lokal, welches zur Versammlung habe dienen sollen, sei „noch nie benutzt“ gewesen, weil es noch nicht baupolizeilich abgenommen war. Zeuge will auf Vorhalten des Rechtsanwalts Heine, Berlin, der dem Angeklagten als Verteidiger zur Seite steht, zunächst überhaupt nicht antworten, muß sich dann aber belehren lassen, daß er dazu verpflichtet ist.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Wenn das Haus baufällig war, weshalb wurde das den Leuten bei der Anmeldung nicht gesagt? Haben Sie denn nicht das Empfinden, daß es eine kolossale Rücksichtslosigkeit ist, in ein von der Polizei für baufällig gehaltenes Lokal erst die Leute sich ansammeln zu lassen und nachher die Versammlung aufzulösen?

Zeuge Johnen: Bei mir ist die Anmeldung nicht erfolgt, ich hatte nur die Überwachung. Durch das Verhalten des Zeugen wird festgestellt, daß das fragliche vierstöckige Haus bis oben hin bewohnt war, und unten soll es baufällig wegen zu schwacher Träger gewesen sein! Der Zustand bestand seit 6 Jahren!

Rechtsanwalt Heine: Diese schwache Trägerkonstruktion ist aber doch erst nach der Auflösung entdeckt. Wie erklären Sie das?

Zeuge erklärt, es sei das Sache der Baupolizei. Auf wiederholte Vorhalte erklärte Polizeikommissar Johnen nochmals: „Zurgen eine Anweisung einer vorgesetzten Behörde dahin, daß die Sozialdemokraten anders zu behandeln seien wie die christlichen Gewerkschaften, ist nicht erfolgt. Ich habe vollständig aus eigener Initiative gehandelt.“ Die Auflösung hat Zeuge vorgenommen, weil er befürchtete, daß das Haus zusammenstürzen könne bei einer Ansammlung vieler Menschen!

Bergmann Martei bestätigt den Hergang der Auflösung wie eben dargelegt. Der Polizei-Kommissar habe ruhig eine Weile dageessen und gewartet, bis dem Referenten das Wort erteilt sei, dann habe er die Auflösung ausgesprochen. Der Zeuge bekundet weiter noch, daß ihm gelegentlich einer plötzlichen Entlassung von der Zeche sein Steiger gesagt habe, die Polizei wäre beim Betriebsführer gewesen und habe die Entlassung der Zeugen gefordert! — Der Steiger soll geladen werden.

Verbandsbeamter Horn hatte in der fraglichen Versammlung das Referat übernommen, er stellt den Vorgang so dar wie oben.

Zu dem Angeklagten hat er gesagt, er habe sich auf den Vortrag nicht vorbereitet, weil er mit dem Gefühl gekommen sei, daß es mit der Versammlung doch nichts werde. Zeuge gibt noch aus einer anderen Versammlung, die er in R. abhalten sollte, bekannt, daß ihm der überwachende Beamte, nachdem er diesen auf die ungerechtfertigte Auflösung aufmerksam gemacht, geantwortet habe: „er könne nicht anders und müsse so verfahren, wie ihm befohlen sei.“

Verbandsvorsitzender Sachse: Es kommen fortwährend Vergleiche mit dem Bemerkten, sie müßten aus dem Verbands austreten, sonst würden sie ausgewiesen. Wer austrete, werde dann wohl nicht ausgewiesen. Auch dann, wenn sie in den christlichen Verband übertraten wollen, sei den Leuten nach ihren Angaben in Aussicht gestellt, daß sie nicht ausgewiesen würden. Das System scheine wohl im ganzen Bezirke zu herrschen, denn aus Vuer, Gladbach usw. sind dem Zeugen solche Fälle bekannt. Selbst solche Fälle sind bekannt, wo unter derselben Androhung Leute aus dem Konsumvereine hinausgedrängt sind. Auch dem Zeugen ist vor 14 Tagen wieder eine „Versammlung“ in Recklinghausen aufgelöst, obwohl es sich dabei lediglich um die zu einer Besprechung eingeladenen Vertrauensleute gehandelt hat.

Der 69 Jahre alte Betriebsführer Nieker bekundet, daß wohl mal die Polizei iage, er möge diesen oder jenen Arbeiter beobachten lassen, sonst aber kann sich Zeuge nicht erinnern, daß die Polizei auch die Entlassung gefordert habe. Der Betriebsführer hat dann dem Steiger Mitteilung gemacht, sich aber im übrigen „nichts dabei gedacht“, was wohl die Polizei mit dem Beobachten der Arbeiter gemeint habe.

Erster Bürgermeister Heuser gibt als Grund der Versammlungsauflösung die Baufälligkeit des Hauses an.

Durch ein interessantes Kreuzverhör des Rechtsanwalts Heine stellt der Bürgermeister aus den Akten fest, daß der Besitzer des fraglichen Hauses vom September 1902 (1) bis August 1903 (1) mehrere Male zur Abstellung der Mängel aufgefordert ist, dann plötzlich hören diese Mahnungen auf. Aus den Akten wird aber weiter noch festgestellt, daß sich in dem angeblich baufälligen Parterreräum des bis zur vierten Etage bewohnten Hauses eine Tischlerwerkstatt befunden hat. 1905 sind neue Anweisungen ergangen, die sich aber, wie die Beweisaufnahme weiter angibt, auf Kleinstrecken erstreckten und bis Mai 1906 längst abgeändert waren.

Durch eine Auseinandersetzung zwischen Rechtsanwalt Heine und dem Bürgermeister Heuser wird ferner festgestellt, daß die Recklinghäuser Polizeiverwaltung den Bergarbeiterverband nicht als Verein ansieht, weil er sich weigere, seine Mitgliederliste einzureichen. Die Versammlungen würden daher sämtlich als „öffentliche“ behandelt. Der „christliche“ Verband, der Mitgliederliste und Statuten eingereicht, wird dagegen als Verein behandelt und ihm nichts in den Weg gelegt.

Auf die weitere Frage Heines, ob der Bürgermeister die Auflösung der Versammlung am 6. Mai angeordnet habe, erklärt dieser: „Ja, die Anordnung habe er getroffen.“

Polizei-Kommissar Johnen erklärte unter Eid auf wiederholten Vorhalt das Gegenteil.

Rechtsanwalt Heine: Wie kommt es, daß man in dem angeblich baufälligen Hause erst die Leute zusammenkommen läßt und dann die Versammlung auflöst?

Bürgermeister Heuser: Die Polizei ist zur Ausstellung der Anmeldebefcheinigung verpflichtet.

Heine: Wenn nun aber der angeblich befürchtete Einsturz erfolgt wäre, bevor die Auflösung ausgesprochen wurde? Wen traf dann die Verantwortung? Weshalb wurde der Besitzer nicht unter Androhung von Strafe aufgefordert, bis zu einem bestimmten Zeitpunkte die Mängel zu beseitigen?

Zeuge zuckt die Achseln und — schweig!

Heine: Dürfen denn bei Ihnen in einem baufälligen Hause Schreinerwerkstätten, in denen doch Leute beschäftigt sind, bestehen?

Zeuge — schweig!

Auf eine weitere Frage des Verteidigers, ob der Polizei denn nicht bekannt gewesen sei, daß in einem Parterreräum des baufälligen Hauses eine Möbel-Ausstellung etabliert gewesen sei, in der das Publikum ein- und ausging, entgegnet der Zeuge, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Baurat Bongarth: Der Bau sei nicht abgenommen, weil die Träger zu schwach gewesen!

Heine: Und trotzdem hat das Haus bis zum 4. Stock 5 Jahre lang bewohnt werden können?

Der Baurat gibt zu, daß er eine Besichtigung des Hauses mit dem Polizei-Kommissar Johnen vorgenommen, ob aber diese Besichtigung vor oder nach dem 6. Mai gewesen ist, weiß er nicht! Zeuge gibt auf Vorhalt ferner zu, daß die Einrichtung der Schreinerwerkstatt vor schriftsmäßig sei, er habe aber nichts davon gewußt.

Heine: Ich konstatiere, daß über den vorschriftswidrigen Bezug der Räume nichts in den Akten steht. Kennt denn die Sicherheitspolizei den Zustand solcher baufälligen Gebäude nicht?

Eigentümer Sanders: Erst als er sein Lokal an die freien Gewerkschaften vermietet, sei ihm mitgeteilt, daß das Haus zu schwache Träger haben solle.

Polizeinspektor Stöber bestreitet, daß er gesagt, er lasse Bebel nicht in Recklinghausen sprechen und dulde überhaupt keine sozialdemokratische Versammlung. Als der Verteidiger Heine auf die unterschiedliche Behandlung zwischen christlichem und freiem Verband hinweist, meint der Polizeinspektor: „Für uns ist der freie Verband kein Verein!“

Bergmann Husemann bekundet, daß ihm ein Obersteiger gesagt, daß er auf Veranlassung der Polizei gekündigt worden sei.

Wirt Kuchen bekundet, daß über sein Lokal die Schankpöze verhängt ist, weil einmal in einer Polenversammlung Unruhe gewesen sein soll. Aber die „Unruhe“ selbst weiß Zeuge nichts.

Wirt Mitchell hat die Polizeistunde gekürzt bekommen, weiß aber nicht weshalb.

Verbandsangestellter Aufderstraße bekundet, daß

ihm Mitchell wiederholt erklärt, daß er Scherereien von der Polizei wegen der Versammlungen habe.

Milchhändler Butgerest: Polizeikommissar Johnen habe ihm geraten, seinen 15jährigen Milchfahrer Wangemann zu entlassen, weil der noch nicht fahren dürfe. Ein volles Jahr lang habe man ihn dieserhalb nichts gesagt. Der Kommissar habe auch gesagt, der Vater und ältere Bruder des Wangemann seien die schlimmsten Sozialdemokraten am Orte. Als Zeuge wegen des Jungen fortwährend Strafe hat zahlen müssen, hat er ihn entlassen und sich einen 13jährigen (1) angenommen. Wegen dieses Knaben sagte man dem Zeugen bisher nichts!

Polizei-Kommissar Johnen gibt auf Vorhalt die Gespräche mit dem vorigen Zeugen zu (1), will aber lebhaft den Zeugen vor weiterer Bestrafung haben bewahren wollen.

Zeuge Entermann bekundet, daß ihm Polizeiinspektor Stöber gelegentlich einer Versammlungsaufhebung gesagt: „Nun kommt der Mensch von Sachen nach hier und will Versammlungen anmelden. Als ob wir hier nicht schon Unruhe genug hätten. Ich glaube auch gar nicht, daß der Wirt Stein seinen Saal hergibt!“ Zu demselben Zeugen hat Stein gesagt, daß er in der Woche, als er 100 Mk. für die Bergarbeiter gezeichnet, 130 Mk. an Polizeistrafen habe zahlen müssen.

Zeuge Kassuba (christlicher Vertrauensmann) bekundet, daß er in einer Mitgliederversammlung bekannt gegeben habe, daß die Mit-Verbändler bei ihnen nicht mehr das Wort erhielten, weil auch ihnen sonst das Lokal entzogen oder die Versammlungen aufgelöst würden. Zeuge weiß dies von einem Polizeibeamten.

Zeuge Mendel: Der Wirt Müller habe ihm gesagt, daß er wegen Polizei-Schikane die Hergabe seines Lokals zu Versammlungszwecken zurückgezogen habe.

Zeuge Müller: Seitdem er sein Lokal für die freien Gewerkschaften hergegeben, sei er kolossal mit Strafmandaten bedacht. Bei Verurteilungen sei er dann freigesprochen. Schließlich habe er aber die Strafmandate bezahlt, weil ihm die Kauferei zum Gericht zuwider gewesen sei.

Bergmann Reck bekundet, sein Fahrteiger habe ihm gesagt, daß ihm auf Veranlassung der Polizei gekündigt sei und er dann auch entlassen wurde.

Bergmann Lühelburg bekundet, daß es ihm kurz hintereinander dreimal so ergangen sei, obwohl im Betriebe nicht das geringste gegen ihn vorgelegen habe.

Auf Vorhalt gibt Bürgermeister Heuser zu, daß aus den Akten hervorgehe, daß eine solche Mitteilung erfolgt sei. Wenn es sich um zielbewusste Sozialdemokraten handle, wie im vorliegenden Falle, dann sei es doch auch für die Zechen von Wichtigkeit, hierüber unterrichtet zu sein!

Polizeiinspektor Appeldorn gibt die Möglichkeit einer solchen Mitteilung an die Zeche zu.

Rechtsanwalt Heine unterbreitet dem Gericht die Antwort auf die Behauptung, welche der Gezeichnete geführt. In der Beschwerde heißt es, daß die Entlassung nicht auf die Mitteilung der Polizei zurückzuführen sei. (Bewegung im ganzen Saale.)

Wirt Will hat seinem Logismann das Lesen der „Bergarbeiter-Ztg.“ verboten, angeblich aus eigenem Antriebe, gibt aber nach mehrfachem Hin- und Herfragen zu, daß er vorher auf dem Polizeibureau war.

Zeuge Tanneböhm: Der Polizei-Sergt. Randara habe ihm eine als „öffentliche Volksversammlung“ angemeldete Versammlung verboten, weil eine Frau in der Versammlung reden sollte.

Bürgermeister Heuser stellt wieder aus den Akten fest, daß es sich um eine Versammlung des Konsumvereins gehandelt haben sollte. Dabei war sie als „öffentliche“ Versammlung angemeldet.

Zeitungsbote Wilke bekundet, daß ihm der Wirt Walter gesagt, er dürfe sein Lokal nicht hergeben, weil die Behörde das nicht dulde.

Zeuge Chirecki bekundet, er sei von Polizeibeamten aufgefordert, aus dem alten Verbands aus- und in den Christlichen Verband einzutreten.

Der Vorfall wird zugegeben, soll aber angeblich harmloser Natur gewesen sein.

Hierauf wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Mike O'Donnell kann nicht lesen, aber er versteht doch die großen goldenen Zeichen auf den Deckeln der Fätschen; sie sind jedem verständlich: Irish Whisky, Gin, Brandy — sie schimmern und leuchten und strahlen aus dem Halbdunkel hervor!

Noch immer kann sich Mike O'Donnell nicht trennen — er saugt die betäubende Luft ein, es lockt ihn, dies Durch-einanderbewahren, dies Gesumme, in dem man sich selbst und seine Sorgen vergißt.

Das Klirren der hastig niedergesetzten Gläser, das Gemurmel der rauhen Stimmen, wie es anschwillt und sinkt, ihm ist es verlockende Musik! Man lacht und scherzt; man flucht; man ruft die Heiligen an. Er tritt etwas näher — da hört er Namen deutlich hervortönen aus dem wüsten Kärm. Donegal, Mike O'Donnell, Larry O'Brien, Kathleen — da erinnert sich Mike O'Donnell, weshalb er gekommen ist.

Sachte umgeht er das Haus und klopft an die Hintertür; man öffnet ihm und er erklettert mühsam die schwanke Leiter, welche in ein Dachstübchen führt.

Ein dreifaches kurzes Klopfen — da knarrt der Schlüssel. Mit wankenden Knien überschreitet Mike O'Donnell die Schwelle des kleinen Raumes.

Um einen viereckigen, mit einem smaragdgrünen Tuch bettebten Tisch, auf dem eine Kerze brennt, sitzen drei Männer; der eine mit dem bleichen, sommerprossigen Gesicht rollt kleine Papierstreifen auf und wirft sie in einen Hut. — „Ihr kommt spät, Mike O'Donnell!“

Er kann nicht antworten; der Niglschweiß perlt ihm auf der Stirn; er war gestern halb trunken, als er den Feiern den Brudereid geschworen hat, die Kündigung hatte ihn ja zum Äußersten getrieben; jetzt soll das Fürchtbare, was er in Gedanken tausendmal begangen, zur Tat werden, und schauernd möchte sich Mike O'Donnell abwenden von diesen Gesellen, aber er kann nicht mehr zurück; mit seinem Blute hat er den Eid besiegelt, sein Blut wird fließen, wenn er den Eid bricht.

Er wischt sich mit dem Tuch über die Stirn. In diesem Augenblick kreuzen sich hundert Gedanken in ihm. Kathleen selbst hat „Rache!“ geschrien, Morah O'Reilly, alle, alle wünschen sie den Tod Sir Harold's. Aber da ist ihm, als freude der kleine Tim ihm die Arme entgegen, als umschlinge er seinen Hals: „Opa, Opa!“

Stöhnend sinkt er auf den Stuhl nieder. Hier Lose sind in den Hut gefallen.

„Heilige Muttergottes,“ betet er, sich betreuigend, „gib nicht zu, daß mich das Los trifft!“

Der jüngste zieht zuerst. Ein junger Mann von vierstörigem Wuchs greift hinein.

Ein anderer folgt. „Für unsern Glauben und unser Vaterland!“ ruft er, sein Los ziehend.

Mike O'Donnell will sich selbst Mut machen. Er beschwört die Gestalten herauf, die er rächen will: seine schöne Schwester, Larry O'Brien — ja, der Arme, der Glende und Bedrückte muß sich selbst Gerechtigkeit verschaffen, Mr. Donegal hat recht — und doch fliegt ihm die Hand, und mit der Linken umklammert er krampfhaft die Stuhllehne, um nicht umzusinken. Wie leicht sagt es sich: „Blut will wieder Blut!“

Ruhig entfalten die drei ihre Lose.

Lotenstille herrscht, nur der Atem ringt sich teuend von der Brust Mike O'Donnell's. Sprachlos hält er den Papierstreifen in der Hand. Numero eins!

Das Los hat ihn getroffen.

„Nun hör, wie ich es plane“, beginnt der alte Pat O'Malley, indem seine Stimme zum Flüsteren herabsinkt, „die Heiligen sollen mich strafen, wenn ich es euch nicht leicht ausgedacht —“

„Nun?“ fragt der andere gespannt und reißt den kurzen Hals.

„Ihr kennt doch die Brücke, die Sir Harold hat aufschlagen lassen, um die beiden Güter zu verbinden?“

„Gewiß, gewiß!“

„Diesseits Castle Glona, wo der überhängende Felsen den Fußpfad beschattet, da liegen wir zwischen zehn und elf Uhr im Hinterhalt. Er kommt dann von Gasse Dale zurück, wo Gasse einquartiert sind. Ihr, Mike O'Donnell, Ihr springt ihm entgegen und schleudert ihn in den Fluß. Nichts leichter. Nur im äußersten Notfall schleichen wir. Schwimmen kann er dort nicht, der Strudel zieht ihn gleich hinab —“

„Warum nicht schießen?“

„O, ha, ha, ich merck', daß Ihr die Gegend nicht kennt; das verteueltste Echo vom Adlerberg ist zu geschwähig“, lacht Pat O'Malley; „nein, wir lassen ihn verschwinden, ganz ohne Kärm“, und er fährt mit der rechten Hand über das grüne Tuch, ich wollte, sie ließen sich alle so vernichten! Doch die Heiligen werden uns beistehen; wo schwache Kraft gegen die Übermacht kämpft, da muß man mit der Hilfe Gottes durch List siegen!“

Die Hand auf dem Kreuzig schwidern sie nochmals Treue dem Bunde. Verrat bedeutet Tod.

Die Kerzen erlöschen. Leise steigen sie die Leiter hinab, und bald darauf mischen sie sich in die lärmende, tobende Menge.

Kathleen liegt in tiefem Schlummer, als der Vater heimkehrt. Leise hat er sich fortgestohlen, leise öffnet er die Tür und schleicht sich hinaus in das Dachstübchen über ihrer Kammer. Da schreit Kathleen auf aus einem wüsten verworrenen Traum — horch, was ist das? Über ihr geht unruhig der Vater auf und ab. Sollte er krank sein. Er stöhnt — er ächzt — dann unverständliches Gemurmel.

Schnell springt sie auf von ihrem Lager und zündet die kleine Lampe an; eine Minute später steht sie an der Kammertür.

„Morgen um zehn Uhr,“ spricht er zu sich selbst, „morgen um zehn Uhr — nein, ich kann es nicht, ich tu es nicht, nein — wo der Felsen den Weg überschattet — Sir Harold — ha — da ist er — jetzt schnell — seht, seht, der Strudel zieht ihn hinab — nein! — Fluch über euch, die ihr mich gereizt habt —“

Da öffnet Kathleen die Tür: ihr Herz klopft zum Zer-springen, denn vor ihr steht der Vater, eine blühende Pistole in der Hand.

Die Lampe in ihrer zitternden Hand flackert hoch auf und wirft rötlichen Schein auf ihr erdfahles Antlitz.

Als ob ihm ein Gespenst erschienen wäre, so taumelt Mike O'Donnell zurück.

„Kathleen“, schreit er, „was hast du gesehen, was hast du gehört? du bist ein Kind des Todes — sage nichts, sage nichts!“

„Du hast Böses vor — Vater —“

„Du lügst, du lügst, bei allen Heiligen. Du lügst!“

„Du hast dich verschworen, Vater —“

„Und wenn ich es getan hätte, wäre es nicht Deinetwegen, wäre es nicht, weil du Rache geschrien hast vom Morgen bis Abend? Soll das Blut Larry O'Briens ungerächt gelassen sein? Du, du unnatürliche Tochter — du unnatürliche Weib!“

„Halte deine Hand rein vom Blut, Vater, bedenke, du bist der letzte eines fleckenlosen Namens; kein Verbrechen hastet an der Familie O'Donnell!“

„Du sprichst so, Kathleen — du? Gestern abend wünschtest du ein Mann zu sein, um dich den Feiern anzuschließen und heute —“

Wenn die Leidenschaft in uns tobt, da sagen wir vieles, was das brausende Blut uns auf die Zunge treibt. Ruhig und abge-kühlt halten wir es für Wahnsinn. Eher würde ich mein eigen Leben lassen, als daß ich mich an dem Leben meines Nächsten verflüchtigte! (Fortsetzung folgt.)